

„Auf dem Weg zu einer regionalen
Sicherheitsgemeinschaft? Eine
vergleichende Untersuchung der
nationalen Sicherheitspolitiken im
südlichen Lateinamerika“

**Südamerikas
sicherheitspolitische
Transparenz auf dem
Prüfstand (II).
Brasiliens Verteidigungs-
doktrin - Regionalmacht
ohne Militärweißbuch**

Daniel Flemes

AP 15 (2004)

**Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II).
Brasiliens Verteidigungsdoktrin – Regionalmacht ohne Militärweißbuch**

Daniel Flemes

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Flemes

ISSN: 1611-0188

Dieses Arbeitspapier entstand im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Forschungsprojekts „Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika“ (Projektmitarbeiter: Prof. Dr. Klaus Bodemer (Projektleitung), Daniel Flemes, Prof. Dr. Detlef Nolte und Dr. Michael Radseck).



Nähere Informationen über die Forschungsarbeit des Instituts für Iberoamerika-Kunde erhalten Sie in unserem Online-Angebot.

Dort sind die Arbeitspapiere vollständig zum kostenlosen Download online gestellt. Gegen eine geringe Schutzgebühr können die Arbeitspapiere auch als Printausgabe ebenso bestellt werden wie alle anderen entgeltlichen Publikationen des Forschungsverbundes.

Das Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) betreibt praxisnahe und gegenwartsbezogene Forschung und Dokumentation zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in **Lateinamerika und der Karibik**. Dabei stützt es sich zum einen auf seinen kleinen multidisziplinär zusammengesetzten Mitarbeiterstab, zum anderen auf langjährige Erfahrungen partnerschaftlicher Zusammenarbeit mit Institutionen, Wissenschaftlern und Experten aus der betreffenden Region. Damit soll erreicht werden, dass die Entwicklungsprozesse in ihrer Komplexität und nicht nur aus europäischer Sicht dargestellt werden.

Das IIK bildet zusammen mit dem Institut für Afrika-Kunde, dem Institut für Asienkunde, dem Deutschen Orient-Institut, dem Institut für Allgemeine Überseeforschung und der Übersee-Dokumentation den Verbund Deutsches Übersee-Institut.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE
Alsterglaciis 8 · 20354 Hamburg ·
Telefon +49 (0)40 41 47 82 01 · Fax +49 (0)40 41 47 82 41
Email: iik@iik.duei.de
Home Page: <http://www.duei.de/iik>
Arbeitspapiere on line: <http://www.duei.de/iik/shop/arbeitspapiere>

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Forschungsprojekt:

„Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika“

Arbeitspapier Nr. 15

Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II). Brasiliens Verteidigungsdoktrin - Regionalmacht ohne Militärweißbuch

*Daniel Fledes**

Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) Hamburg

April 2004



* Daniel Fledes ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Iberoamerika-Kunde in Hamburg. Dort bearbeitet er zur Zeit die Fallstudie Brasilien im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projekts „Auf dem Weg zu einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft? Eine vergleichende Untersuchung der nationalen Sicherheitspolitiken im südlichen Lateinamerika“.

Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (II).

Brasiliens Verteidigungsdoktrin - Regionalmacht ohne Militärweißbuch

1. Einleitung	3
2. Vorgaben der Exekutive: Die <i>Política de Defesa Nacional</i> (PDN) von 1996	4
2.1. Der politische Kontext	4
2.2. Die Inhalte der PDN	6
2.3. Eine kritische Würdigung der <i>Política de Defesa Nacional</i>	9
2.3.1. Die Beteiligung an Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen	11
2.3.2. Die ambivalente Haltung der Streitkräfte zu ihrer neuen Mission: Kriminalitätsbekämpfung im Inland	12
2.3.3. Das brasilianische Amazonien als Zentrum nationaler Bedrohungsperzeptionen .	15
3. Bedrohungsszenarien und Verteidigungsstrategien der brasilianischen Streitkräfte: Verteidigungspolitik aus der Sicht von Generalstab, Heer, Luftwaffe und Marine	17
3.1. Der allgemeine Generalstab: Schutz der nationalen Souveränität	17
3.2. Die brasilianische Marine: Abschreckungsrhetorik pur	19
3.3. Die brasilianische Luftwaffe: Strategische Zurückhaltung	21
3.4. Das brasilianische Heer: Feindbild USA	22
4. Vielstimmigkeit und Institutionenredundanz als Hindernisse auf dem Weg zu einem brasilianischen Weißbuch für Verteidigung	26
4.1. Zivile und militärische Antworten auf Sicherheitsfragen – eine Zusammenschau.....	26
4.2. Die Ursachen für Intransparenz und Vielstimmigkeit der brasilianischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.....	28
4.3. Fazit.....	34
5. Literaturnachweis	36

Abstracts

Im Gegensatz zu seinen südamerikanischen Nachbarn Argentinien und Chile, legte Brasilien bisher kein Verteidigungsweißbuch vor. Neben einem knapp formulierten Regierungsdokument von 1996, das lediglich einen groben sicherheitspolitischen Rahmen definiert, bestimmen die Doktrinen der Teilstreitkräfte die brasilianische Strategiedebatte. Außerdem trägt eine ausgeprägte Institutionenredundanz im Sicherheits- und Verteidigungssektor des Amazonasstaates zu Intransparenz und Kakophonie innerhalb des untersuchten Politikfeldes bei. Dabei ist Brasilien in besonderem Maße zu sicherheitspolitischer Offenheit und Transparenz verpflichtet. Denn dem brasilianischen Selbstverständnis als regionale Führungsmacht folgend versteht man sich als Vorreiter im südamerikanischen Integrationsprozess. Auch angesichts der militärischen Überlegenheit Brasiliens in der Region, besteht eine besondere Verpflichtung, durch die Offenlegung der verteidigungspolitischen Planung dem erneuten Aufkommen von gegenseitigem Misstrauen und Ängsten vor brasilianischem Hegemonialstreben entgegenzuwirken. Schließlich ist eine für die potentiellen Partnerstaaten transparente Verteidigungspolitik eine notwendige Bedingung für die Gründung einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft. Bis heute lässt die Regionalmacht ihre Sicherheitspartner im südlichen Lateinamerika im Unklaren über ihre Verteidigungsdoktrin und bleibt damit schwer berechenbar.

In contrast to its Latin American neighbours Argentina and Chile, Brazil has not yet delivered a white paper on national defense. In addition to a barely sufficient government document, which was formulated in 1996 and defines only a rough security political frame, the doctrines of the armed forces (Army, Air Force and Navy) dominate the Brazilian strategy debate. Apart from that, the distinct redundancy of institutions on Brazils security- and defense sector contributes to intransparency and cacophony within the investigated policy. Thereby, Brazil is in a high degree obliged to defense political openness and transparency. Since following the Brazilian self comprehension as a regional leading power, Brazilian leaders see themselves as a pioneer in the South American process of integration. Also considering Brazil's military superiority in the region, there is a special obligation to detect defense political plans in order to prevent another rise of mutual distrust and fears of a hegemonian Brazil. After all, a defense policy which is transparent for the potential partner-countries is necessary in order to found a regional security community. Up until today the regional power leaves their South American security partners in the dark concerning their defense doctrine. Therefore, Brazils defense politics remain difficult to calculate.

Brasil, a diferencia de sus vecinos sudamericanos Argentina y Chile, no ha presentado hasta ahora ningún libro blanco de defensa. Además de un breve documento gubernamental de 1996, el cual define únicamente un marco de políticas de seguridad, son las doctrinas de las fuerzas armadas (Ejército, Marina y Fuerza Aérea) las que determinan el debate estratégico brasileño. Una marcada redundancia institucional en el sector de seguridad y defensa del estado amazónico contribuye además a aumentar la falta de transparencia y la cacofonía dentro del campo político a estudiar. Por otra parte, Brasil está comprometido muy especialmente en una apertura y transparencia en políticas de seguridad, ya que según la autopercepción brasileña como potencia regional, Brasil se considera precursor en el proceso de integración sudamericano. Teniendo también en cuenta la superioridad militar de Brasil en la región, existe un compromiso especial de contrarrestar la desconfianza y recelos mutuos de una aspiración hegemónica brasileña a través de la presentación abierta y clara de la planificación de la política de defensa. Al fin y al cabo, una política de defensa transparente es para los potenciales estados socios una condición necesaria para la formación de una comunidad regional de seguridad. Hasta hoy en día la potencia regional no deja ver claramente a sus socios sudamericanos en políticas de seguridad su doctrina de defensa, tornándose así sumamente imprevisible.

1. Einleitung

Verteidigungsweißbücher sind nicht zuletzt ein Ausweis sicherheitspolitischer Offenheit und Transparenz. In Brasilien existiert bis heute kein Verteidigungsweißbuch, das diesem Namen gerecht würde. Bisher legte die brasilianische Regierung lediglich ein mageres Papier mit sicherheitspolitischen Rahmenrichtlinien vor. Dabei hat gerade das mit Abstand größte und bevölkerungsreichste Land Südamerikas gegenüber seinen Nachbarstaaten eine Bringschuld zu erfüllen. Denn dem brasilianischen Selbstverständnis als regionale Führungsmacht folgend versteht man sich als Vorreiter im südamerikanischen Integrationsprozess. Auch weil der Amazonasstaat seinen Nachbarn militärisch weit überlegen ist, besteht eine besondere Verpflichtung, durch die Offenlegung der verteidigungspolitischen Planung dem erneuten Aufkommen von gegenseitigem Misstrauen und Ängsten vor brasilianischem Hegemonialstreben entgegenzuwirken. Schließlich ist eine für die potentiellen Partnerstaaten transparente Verteidigungspolitik eine notwendige Bedingung für die Gründung einer regionalen Sicherheitsgemeinschaft¹.

Auf der deklaratorischen Ebene wirbt Brasília denn auch für vertiefte Vertrauensbildung und verteidigungspolitische Kooperation, insbesondere unter den Mercosur-Staaten. Die Administration Cardoso (1995-2002) versicherte stets, dass der zwischenstaatliche Sicherheitsdialog in Südamerika eine hohe Priorität in ihrer außen- und sicherheitspolitischen Agenda genießt. Ebenso bekunden die Akteure im Außen- und Verteidigungsministerium der seit 2003 amtierenden Regierung Luiz Inácio Lula da Silva ihren politischen Willen zur Erstellung eines Verteidigungsweißbuches. Dennoch lässt die Regionalmacht die Mitglieder der im Werden begriffenen Sicherheitsgemeinschaft im südlichen Lateinamerika bis heute im Unklaren über ihre Verteidigungsdoktrin und bleibt damit für die potentiellen Partnerstaaten schwer berechenbar. Warum den zahllosen Bekenntnissen der politischen Akteure zum Prinzip der Transparenz bisher keine Taten folgten, will der folgende Beitrag untersuchen.

¹ In Anlehnung an Karl W. Deutsch, der bereits Ende der 50er Jahre in der *Security Community* eine Staatengemeinschaft sah, die durch einen grenzüberschreitenden Gemeinschaftssinn gekennzeichnet ist. Deutsch u.a. (1957: 5) definierten Sicherheitsgemeinschaften als „groups of people that had become integrated to the point that *there is a real assurance that the members of that community will not fight each other physically, but will settle their disputes in some other way.*“ Zur konstruktivistischen Weiterentwicklung dieses Konzepts, siehe Adler/ Barnett 1998, zu seiner Anwendung auf das argentinisch-brasilianische Verhältnis, vgl. Hurell 1998.

2. Vorgaben der Exekutive: Die *Política de Defesa Nacional* (PDN) von 1996

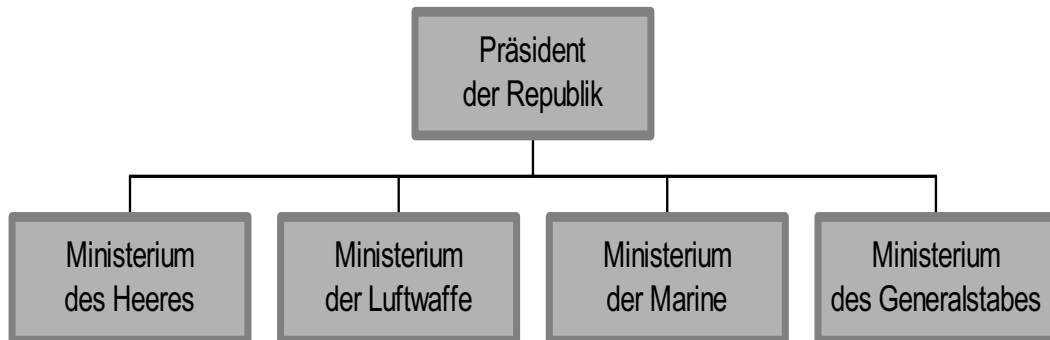
2.1. Der politische Kontext

Mit dem Erlass des Gesetzes über die Verschwundenen (*Lei dos Desaparecidos, No. 9140*) im Dezember 1995 intendierte die Regierung Cardoso insbesondere eines: Die offizielle Anerkennung der Tatsache, dass unter dem repressiven Militärregime zwischen 1964 und 1985 Menschen verschleppt, gefoltert und getötet wurden sowie die Entschädigung ihrer Angehörigen. Strafverfolgung hatten die verantwortlichen Generäle aufgrund des Amnestiegesetzes von 1979 nicht zu befürchten. Zumindest moralisch wirkte sich das Gesetz über die Verschwundenen für die Gewichtung in den zivil-militärischen Beziehungen zugunsten der zivilen Seite aus. Diese Verlagerung im Verhältnis zwischen den zivilen und militärischen Akteuren betraf zunächst die öffentliche Meinung weitaus stärker als die realen politischen Prozesse oder gar die institutionellen Strukturen.

Bestärkt durch den symbolischen Autoritätszuwachs gegenüber den Streitkräften nutzte Präsident Cardoso jedoch den historischen Moment, um die Grundlinien einer nationalen Verteidigungspolitik zu formulieren. Per Präsidialdekret konstituierte sich 1996 die Kammer für Außenbeziehungen und Nationale Verteidigung (*Câmara de Relações Exteriores e Defesa Nacional* - CREDEN) als Organ der Exekutive und wurde mit der Definition der Parameter für die zukünftige nationale Verteidigungspolitik (*Política de Defesa Nacional* – PDN) beauftragt.

Ein zivil geführtes Verteidigungsministerium wurde in Brasilien erst im Juni 1999 (*Lei Complementar 97* vom 9.6.1999) geschaffen. Zuvor verfügte jede Teilstreitkraft sowie der Generalstab über ein eigenes Ministerium, dem jeweils ein General im Ministerrang vorstand. Mit dem *Lei Complementar 97* wurden die Militärministerien formal aufgelöst und in Oberkommandos der Teilstreitkräfte innerhalb des zivil geleiteten Verteidigungsministeriums umgewandelt bzw. der alte Generalstab (*Estado Maior das Forças Armadas*) wurde als *Estado Maior de Defesa* – EMD in das neue Ministerium integriert.

Abbildung 1: Die brasilianischen Militärministerien bis 1999



Präsident Cardoso hatte seinen Willen, ein zivil geführtes Verteidigungsministerium zu schaffen, bereits in den ersten Tagen nach seiner Wahl 1994 bekundet. Die erste offizielle Ankündigung der Auflösung der Militärministerien stand im Zusammenhang mit der Veröffentlichung der PDN und datiert vom November 1996 (vgl. Estado de São Paulo, 8.11.1996). Bis zur Implementierung des neuen Verteidigungsministeriums in das politische System Brasiliens vergingen weitere drei Jahre.

Die mit der Erarbeitung der PDN beauftragte CREDEN sah sich – nicht zuletzt hinsichtlich ihrer personellen Besetzung – von dem institutionellen Erbe der Militärregierung konditioniert. Neben dem Präsidenten und dem Justizminister war das Militär mit den Ministern der drei Waffengattungen, dem Generalstabsminister und dem Heeresgeneral, der die *Casa Militar* leitete, überproportional in dem Gremium vertreten. Wichtiger als die zahlenmäßige Dominanz des Militärs bei der Ausarbeitung der PDN war die verteidigungspolitische Kompetenz der Generäle, die schließlich mit den vier Militärministerien über die einschlägigen Verwaltungsapparate verfügten, um verteidigungspolitische Vorgaben unter Einbeziehung der personellen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen (Ausrüstung, Logistik und Organisation der Streitkräfte) in Gesetzesform zu gießen. Der Einfluss des Präsidenten sicherte zwar die Berücksichtigung außenpolitischer Determinanten, doch die verteidigungspolitischen Vorgaben waren das Ergebnis vorwiegend militärischer Reflexionen (vgl. Genoíno 1997). Die Legislative, in Gestalt des brasilianischen Kongresses, wurde nicht an dem Prozess der Formulierung der nationalen Verteidigungspolitik beteiligt (vgl. Genoíno 1998 sowie Estado de São Paulo, 28.11.1996).

Noch 1996 wurden die sicherheits- und verteidigungspolitischen Vorgaben als Ergebnis der Arbeit der CREDEN veröffentlicht. Das gerade sieben Seiten lange Stichpunktpapier *Política de Defesa Nacional* (vgl. Presidência da República 1996) ist zwar an Umfang und Qualität nicht mit den in den Folgejahren vorgelegten Verteidigungsweißbüchern Chiles (vgl. Ministerio de la Defensa 1997, 2002) und Argentiniens (vgl. Ministerio de Defensa 1999, 2001) vergleichbar. Doch ist in der PDN eine historische Neuerung zu sehen, da mit ihr das erste Mal in der brasilianischen Geschichte die verteidigungspolitischen Leitlinien des Landes öffentlich gemacht wurden (vgl. Estado de São Paulo, 11.9.1996).

Bis 1989 war das so genannte *Conceito Estratégico Nacional* (CEN) in Kraft gewesen, das 1969 als Grundlagenpapier der Verteidigungspolitik entwickelt, aber niemals veröffentlicht worden war. Bekannt wurde aus diesem Dokument lediglich, dass der Kampf gegen den Kommunismus ein zentrales Anliegen war. Zudem nahm offensichtlich die Verteidigungsbereitschaft gegen eine mögliche Aggression aus Argentinien noch einen gewissen Raum ein (Hofmeister 2001: 9). Angesichts des weitgehenden Scheiterns des Kommunismus und der Annäherung an Argentinien im Rahmen des entstehenden Gemeinsamen Marktes des Südens hatte das maßgeblich von der Doktrin der Nationalen Sicherheit inspirierte CEN jeglichen Sinn verloren.

2.2. Die Inhalte der PDN

Untypisch ist, dass die neuen Grundlinien der nationalen Verteidigungspolitik im Jahre 1996 mangels eines zivilen Verteidigungsministeriums vom brasilianischen Präsidialamt publiziert wurden. In der Federführung des Präsidenten mag auch die Ursache für die breite Auslegung von Verteidigungspolitik liegen, die dem Papier zu Grunde liegt. Handelt es sich doch eher um sicherheitspolitische² Vorgaben als um eine verteidigungspolitische Konzeption oder

² Der Bereich Sicherheitspolitik schließt alle institutionellen, prozessualen und inhaltlichen Aspekte politischen Handelns ein, die dem Schutz der Bevölkerung vor äußeren Gefahren, inklusive der neuen grenzüberschreitenden Bedrohungen im südlichen Lateinamerika (Drogen- und Waffenhandel sowie Geldwäsche als Formen organisierter Kriminalität, grenzüberschreitende Aktivitäten von Guerillaorganisationen, illegale Ausbeutung und Schmuggel natürlicher Ressourcen, Umweltrisiken, Migrationsströme, internationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln) dienen. Dazu gehört zum einen die Verteidigungspolitik mit der Sicherstellung der territorialen Integrität eines Landes gegen mit Waffengewalt geführte Angriffe von außen. Zum anderen zählen hierzu jene Teile der Außenpolitik, die auf eine bilaterale,

Doktrin. Die vielfältig interpretierbaren Formulierungen der PDN lassen sich mit dem Bemühen erklären, sowohl den Interessen der Militärintstitutionen als auch den Bestrebungen des brasilianischen Außenministeriums *Itamaraty* gerecht zu werden. Das Strategiepapier erfasst die Vielschichtigkeit der sicherheitspolitischen Herausforderungen über ihre rein militärischen Aspekte hinaus, womit es sich einfacher in die außenpolitische Gesamtstrategie des Landes einbetten lässt: Neben dem regionalen Führungsanspruch besteht ein zentrales Ziel der brasilianischen Außenpolitik seit vielen Jahren darin, das internationale Profil des Landes zu schärfen und sich politisch zu einem *rule maker* sowie wirtschaftlich zu einer Handelsmacht innerhalb der internationalen Beziehungen zu entwickeln. Die in dem Papier festgelegten Eckpfeiler der zukünftigen nationalen Sicherheitspolitik Brasiliens lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Rahmen internationales System

- Die Sicherheitspolitik muss nach dem Ende des Ost-West-Konflikts an ein diffuses und instabiles multipolares System angepasst werden. „Traditionelle Konzepte“ wie staatliche Souveränität, Selbstbestimmung und nationale Identität sind weiterhin relevant. Auf Streitkräfte kann nach wie vor nicht verzichtet werden.
- Der brasilianische Verteidigungsraum umfasst nicht nur das ohnehin sehr große Staatsterritorium, sondern erstreckt sich auch auf den Südatlantik. Dank einer erfolgreichen Diplomatie ist Brasilien von einem „Ring des Friedens“ umgeben. Dennoch lassen sich Bedrohungen der Sicherheit und der nationalen Interessen nicht ausschließen. Konkret erwähnt werden „bewaffnete Banden“ an der nördlichen Grenze (im Amazonasgebiet) und das international organisierte Verbrechen.

Ziele brasilianischer Sicherheitspolitik

- Die wesentlichen Komponenten der nationalen Verteidigungsstrategie sind: Verteidigung der Souveränität, der territorialen Integrität und der nationalen Interessen; Verteidigung des Rechtsstaates und der demokratischen Institutionen; Schutz der Bürger und ihres Eigentums; Schutz der nationalen Ressourcen; Unterstützung der brasilianischen Interessen im Ausland; Internationale Aufwertung Brasiliens; Beiträge zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit im internationalen Rahmen.

subregionale und kontinentale Zusammenarbeit in Sicherheitsfragen, auf die Regulierung von Konflikten und auf die Prävention von organisierter Gewaltausübung zielen.

Strategische Orientierung

- Gegenwärtig konzentriert sich die Sicherheitspolitik auf eine aktive Diplomatie, die den folgenden Grundsätzen verpflichtet ist: Internationale Anerkennung der Grenzen; Enge Beziehungen zu den Nachbarstaaten und zur internationalen Gemeinschaft; Verurteilung von Angriffskriegen und Förderung der friedlichen Beilegung von Konflikten, wobei der Einsatz militärischer Gewalt nur zum Zweck der Selbstverteidigung vorgesehen ist.
- Parallel zur Diplomatie sind Streitkräfte mit einer glaubwürdigen Abschreckungsfähigkeit erforderlich. Trotz ihres grundsätzlich defensiven Charakters sind sie nicht ausschließlich auf defensive Aktionen beschränkt. Sie müssen auch offensivfähig sein, falls es die Situation erfordert.
- Um die „strategische Autonomie“ und die „operationale Befähigung“ der Streitkräfte zu verbessern, sind ihre Verbindungen zur Industrie, zu den Universitäten und zu den Technologiezentren des Landes auszubauen. Die Streitkräfte müssen an die politisch-strategische Ausrichtung des Landes angepasst und so strukturiert werden, dass sie flexibel auf unterschiedliche Anforderungen reagieren können.

Sicherheitspolitische Leitlinien

- An „konkreten verteidigungspolitischen Maßnahmen“ (tatsächlich geht es um die gesamte Bandbreite der Sicherheitspolitik) sind vorgesehen: Engagement für Frieden und Entwicklung innerhalb des internationalen Systems; Verstärkte Teilnahme an internationalen Entscheidungsprozessen und die Verbesserung der eigenen Verhandlungsposition; Unterstützung der globalen Abrüstungspolitik einschließlich der internationalen Kernwaffenbestände; Teilnahme an internationalen Friedenseinsätzen; Förderung der regionalen Integration; Förderung des Friedens und der Zusammenarbeit im lateinamerikanischen und südatlantischen Raum; Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit befreundeten Nationen; Einbindung der Streitkräfte in unterstützende Maßnahmen im Rahmen der Verteidigung der nationalen Integration, des Zivilschutzes und der sozioökonomischen Entwicklung; Verteidigung der Souveränität über das Amazonasgebiet; Sicherung der Grenzen insbesondere im Norden und im Zentralwesten; Modernisierung der Streitkräfte im Einklang mit deren Auftrag; Überwachung, Kontrolle und Verteidigung der Grenzen einschließlich der Hoheitsgewässer, des Festlandssockels

und des Luftraums; Verbesserung des nationalen Transport-, Energie- und Kommunikationssystems; Verringerung der externen Abhängigkeit in verteidigungsrelevanten Sektoren durch Förderung der nationalen Forschung, Entwicklung und Produktion; Förderung der Forschung über die Antarktis und Teilhabe an den Entscheidungsprozessen über deren Zukunft; Verbesserung des Systems zur Mobilmachung im Verteidigungsfall; Intensivierung der sicherheitspolitischen Öffentlichkeitsarbeit (vgl. Presidência da República 1996).

2.3. Eine kritische Würdigung der *Política de Defesa Nacional*

Den Autoren der PDN ging es maßgeblich darum, zivile und militärische Dimensionen der Sicherheitspolitik miteinander zu verbinden. Versäumt wurde dagegen die Aufgaben der Streitkräfte möglichst genau zu definieren. Der redundante Ziel- und Maßnahmenkatalog bestimmt die Rolle der Streitkräfte nur unscharf, insbesondere fehlt eine Abgrenzung der Aufgaben, für die das Militär nicht zuständig ist (Wöhlke 1999: 60), was den (Teil-)Streitkräften Interpretationsräume eröffnet. Als sicherheitspolitisches Ziel wird etwa die Verteidigung des Rechtsstaates und der demokratischen Institutionen definiert. Den rechtlichen Rahmen für die PDN und die Aufgabenzuweisung an die Streitkräfte bildet der Verfassungsartikel 142:

„Die Streitkräfte, bestehend aus Heer, Luftwaffe und Marine, sind ständige und reguläre nationale Institutionen. Ihre Organisation basiert auf Hierarchie und Disziplin. Sie stehen unter dem Oberbefehl des Präsidenten der Republik. Ihre Aufgabe besteht in der Verteidigung des Vaterlandes, im Schutz der Verfassungsorgane und – auf Initiative irgendeines von diesen – in der Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung.“

In der PDN wurde auf die explizite Erwähnung der Streitkräfte als Garanten von Recht und innerer Ordnung nach Artikel 142 der Bundesverfassung verzichtet. Wie in den folgenden Abschnitten deutlich werden wird, wussten Heer, Marine, Luftwaffe und Generalstab diese Lücke durch eigene konzeptionelle Verlautbarungen zu schließen.

Neu an der sicherheitspolitischen Ausrichtung ist die Angleichung der Strategie an das gewandelte internationale Umfeld nach dem Ende der Bipolarität. Die nukleare Option ist der Einbindung in internationale Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregime gewichen und die traditionelle Rivalität mit Argentinien wurde offiziell beendet und durch Kooperation im Rahmen des Mercosul abgelöst (ebd.: 62f.). Die veränderten Rahmenbedingungen legitimieren die Existenz der Streitkräfte auch ohne die Feindbilder vergangener Zeiten. An ihre Stelle treten neue Bedrohungen, wie etwa die grenzüberschreitend organisierte Kriminalität. Eine genaue Analyse dieser neuen Gefährdungen ist in dem Papier jedoch nicht enthalten. Weiterhin fehlen Angaben zur brasilianischen Rüstungsplanung und auch nach der Begründung zukünftiger Rüstungsbeschaffungen - demnächst wird die brasilianische Luftwaffe ein Kontingent von zunächst 12 Jagdflugzeugen ordern (vgl. *Jornal do Brasil*, 12.3.2004) - mit entsprechenden strategischen Notwendigkeiten sucht man in der PDN vergebens. Dabei kann die Öffentlichmachung des Zusammenhangs von anzuschaffenden Waffensystemen und der nationalen Verteidigungsstrategie als Lackmustest sicherheitspolitischer Transparenz gelten. Versäumt wurde auch jegliche binnensoziologische Betrachtung der brasilianischen Streitkräfte. Aus welchen Bevölkerungsschichten stammen die Soldaten in Heer, Luftwaffe und Marine? Über welches Bildungsniveau verfügen die Hüter der nationalen Sicherheit? Welche politischen Anschauungen herrschen im brasilianischen Militär vor? Diese Fragen bleiben bis auf weiteres unbeantwortet.

Neben der „internationalen Aufwertung Brasiliens“ werden die „Verteidigung der Souveränität“ und der „territorialen Integrität“ gegen „bewaffnete Banden an der nördlichen Amazonasgrenze“ und das „international organisierte Verbrechen“ zwar in der PDN als vorrangige Ziele der zukünftigen brasilianischen Sicherheitspolitik definiert. Doch welche Problemlagen sich hinter diesen Schlagworten verbergen, und mit welcher Strategie man ihnen begegnen will, konkretisieren die Autoren der PDN nicht.

Aus dem zitierten Zielkatalog der PDN ergeben sich wenigstens drei zentrale sicherheitspolitische Aktions- bzw. Problemfelder, denen in einem zukünftigen brasilianischen Verteidigungsweißbuch erhebliche Bedeutung zukäme: Die Beteiligung Brasiliens an UN-Friedensmissionen, der Einsatz des Militärs zur Bekämpfung der Drogenkriminalität im Inland und eine Sicherheitsstrategie für das brasilianische Amazonasgebiet. Diese zentralen Versäumnisse der *Política de Defesa Nacional* und ihre Bedeutung für die brasilianische Sicherheitspolitik werden in den folgenden Abschnitten

schlaglichtartig erläutert. Darüber hinaus bilden diese Kernfelder der sicherheitspolitischen Debatte eine wichtige Grundlage für das Verständnis der strategischen Verlautbarungen der Streitkräfte im dritten Kapitel dieses Beitrages.

2.3.1. Die Beteiligung an Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen

Um das in der PDN formulierte strategische Ziel einer internationalen Aufwertung Brasiliens zu erreichen, strebt Brasília die vermehrte Beteiligung an UN-Friedensmissionen an. Mittelfristig soll dieses Engagement auch dazu führen, endlich den Anspruch der Regionalmacht auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erfüllt zu sehen. Für das brasilianische Militär liegt in der Rolle Brasiliens als regionale Führungsmacht eine Legitimationsbasis. Die UN-Friedensmissionen bieten den brasilianischen Streitkräften die Gelegenheit, sich einerseits als Ordnungsfaktor in Südamerika und andererseits als internationaler Akteur zu profilieren.

Das brasilianische Selbstverständnis als regionale Ordnungsmacht spiegelt sich gegenwärtig in dem Engagement Brasiliens in Haiti wider. Die Regierung da Silva kündigte Anfang März 2004 an, im Rahmen einer längerfristigen UN-Mission 1100 Soldaten nach Haiti zu entsenden und im Zuge dessen auch das UN-Kommando über die multinationale Friedenstruppe während der Wiederaufbauphase übernehmen zu wollen (vgl. Folha de São Paulo, 5.3.2004). Die Mercosulpartner Brasilien und Chile, das 220 Soldaten für die erste Phase der UN-Intervention in Haiti abgestellt hatte, stimmten sich in bilateralen Gesprächen über ihr Vorgehen in Haiti ab (vgl. Associated Press, 1.3.2004). Außerdem sicherte die chilenische Verteidigungsministerin Bachelet ihrem brasilianischen Kollegen Viegas zu, die brasilianische UN-Truppe im Vorfeld ihres Einsatzes mit allen Informationen zu versorgen, die die chilenischen UN-Soldaten in den ersten drei Monaten in Haiti gesammelt hätten (vgl. O Globo 10.3.2004). Hier lässt sich beobachten, dass die politische Praxis zwischen den potentiellen Sicherheitspartnern Transparenzkriterien häufig eher gerecht wird, als es die PDN vermuten lässt. Schließlich hatten sich Brasília und Santiago auch im Vorfeld der Abstimmung im UN-Sicherheitsrat vor der zweiten Irakintervention 2003 konsultiert. Mit Argentinien wurde darüber hinaus vereinbart in den nächsten drei Jahren (2004-2006) nur noch gemeinsame Voten im UN-Sicherheitsrat abzugeben (vgl. El País, 19.12.2003).

2.3.2. Die ambivalente Haltung der Streitkräfte zu ihrer neuen Mission: Kriminalitätsbekämpfung im Inland

Im Zusammenhang mit der in der PDN formulierten Zielsetzung, das international organisierte Verbrechen einzudämmen, steht in Brasilien die Diskussion um den Einsatz der Streitkräfte zur Kriminalitätsbekämpfung im Inland. Der Einsatz des Militärs gegen den Drogenhandel wird in Brasilien seit Anfang der 90er Jahre innerhalb der Debatte um neue Aufgaben für die Streitkräfte nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes kontrovers diskutiert. Für die breite brasilianische Öffentlichkeit bleibt diese Debatte jedoch höchst undurchsichtig, weil sie entweder innerhalb der Militärinstitutionen oder zwischen zivilen und militärischen Akteuren in intransparenten Gremien, statt in der offiziellen *Política de Defesa Nacional* geführt wird.

Von den USA wurde die Reduzierung der lateinamerikanischen Militärapparate und eine funktionelle Neuausrichtung der Streitkräfte gefordert, die dem Militär vorrangig polizeiliche Aufgaben zudachte (vgl. Martins Filho/ Zirker 1996). Anfangs sprachen sich die Generalstäbe der TSK klar gegen eine Beteiligung des Militärs im Kampf gegen das organisierte Verbrechen aus. Die Position der brasilianischen Generäle beruhte auf zwei zentralen Argumenten. Erstens handelt es sich bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität gemäß Artikel 144 der Bundesverfassung um eine Aufgabe der brasilianischen Bundespolizei (*Policia Federal*) und zweitens zeigten die Erfahrungen aus anderen Ländern, dass die Kontakte zwischen Militäreinheiten und organisierter Kriminalität zur Korrumpierung der Militärangehörigen geführt hatten.

Zum Ende der 90er Jahre scheint sich jedoch bei vielen Uniformierten ein Wandel in der Beurteilung dieser Problematik vollzogen zu haben. In einem Zeitungsinterview vertrat der Chef des allgemeinen Generalstabes, General Benedito Bezerra Leonel, im Jahre 1999 die Auffassung, die Streitkräfte müssten sich den transnationalen Sicherheitsproblemen, wie sie die Globalisierung mit sich brächte, stellen:

„Die Streitkräfte können neue transnationale Bedrohungsformen, wie Geldwäsche und Drogenhandel nicht ignorieren. Also müssen wir unsere Institutionen prüfen und an

die neuen Herausforderungen anpassen, damit wir diese Probleme effektiv lösen können“ (vgl. Jornal do Brasil, 13.6.1999).

Es ist notwendig, den Kontext einzubeziehen, in dem die Äußerungen des allgemeinen Generalstabschefs anzusiedeln sind. Ein Jahr zuvor, im Juni 1998 hatte Präsident Cardoso, einer alten Forderung des US-amerikanischen *State Department* nachkommend, die *Secretaria Nacional Antidrogas* (SENAD) gegründet. Die SENAD wurde von einem Richter namens Walter Maierovitch geleitet und unter die Kontrolle des Sicherheitskabinetts im Präsidentialamt (GSI) gestellt. Zum Unmut der *Polícia Federal* (PF) übertrug Cardoso Ende 1998 die Kompetenz für die Koordinierung der Bekämpfung der Drogenkriminalität an das Antidrogensekretariat (vgl. Folha de São Paulo, 30.11.1998 und 1.12.1998). Nachdem der erste zivile Verteidigungsminister, Élcio Alvarez, 1999 sein Amt angetreten hatte, erklärte dieser, das Problem des Drogenhandels hätte eine

„so große Dimension angenommen, dass sich die Streitkräfte ihrer konstitutionellen Verantwortung keinesfalls entziehen könnten und dem Drogenproblem eine höhere Priorität einräumen müssen“ (vgl. O Estado de São Paulo, 11.6.1999).

Nur drei Tage nach dieser Verlautbarung Álvarez', in der dieser sich offenkundig auf den Verfassungsartikel 142 bezog, gab General Benedito Bezerra Leonel das oben zitierte Interview im *Jornal do Brasil*. Es stellt sich die Frage, welches die Motive für die Kehrtwende im Diskurs der Generäle sind. Folgten die Militärkommandanten lediglich der politischen Exekutive, die wiederum außenpolitischen Pressionen seitens der USA ausgesetzt waren, wie es Zeitungskommentare (vgl. etwa Jornal do Brasil, 13.6.1999) nahe legen?

Diese Zusammenhänge scheinen den Kurswechsel der Generäle jedoch aus mindestens zwei Gründen nicht hinreichend erklären zu können. Erstens ist es unwahrscheinlich, dass die Streitkräfte von ihrem grundsätzlichen Misstrauen gegenüber in den Vereinigten Staaten generierten Politikentwürfen für Brasilien abgewichen sind. Und zweitens geht die oben dargelegte Hypothese von einer passiven Haltung der brasilianischen Militärinstitutionen aus und von Streitkräften, die bei der Definition ihrer Aufgaben der politischen Exekutive kommentarlos folgen – ein Bild, das mit der brasilianischen Realität kaum in Einklang zu bringen ist.

Cardoso setzte mit der Gründung der SENAD eine außenpolitische Linie fort, die bereits im April 1995 mit der Unterzeichnung eines bilateralen „Abkommens über den Kampf gegen den Drogenhandel“ zwischen Brasilien und den USA eingeleitet worden war. Mit dieser Vereinbarung wurden Aktivitäten US-Amerikanischer Akteure, insbesondere der *Drug Enforcement Administration* (DEA) und der *Central Intelligence Agency* (CIA), auf brasilianischem Territorium legitimiert. Dabei sollten die US-amerikanischen Agenten unter der Oberaufsicht der brasilianischen Bundespolizei stehen (vgl. Carta Capital, 12.5.1999). Infolgedessen stiegen sowohl die US-Finanzhilfe für die PF als auch die Unterstützung der Ausbildung der brasilianischen Bundespolizisten seitens DEA und CIA. Im Rahmen des Programms zur Kontrolle des internationalen Drogenhandels (INC) des *US-State Departments* kooperierte die PF bei der Bekämpfung der Drogenkriminalität in Brasilien auf breiter Front mit DEA und CIA – bis hin zur Beteiligung der US-Akteure an konkreten Operationen (vgl. Latin American Working Group 1999). 1998 waren DEA-Agenten an Anti-Drogen-Operationen in der Amazonasregion beteiligt und die selbe Institution stellte Ausbilder für ein auf Einsätze im Amazonasregenwald spezialisiertes Trainingszentrum der PF nahe Manaus bereit (ebd: 19).

Berücksichtigt man die in den brasilianischen Streitkräften vorherrschenden Vorstellungen über potenzielle Bedrohungen (vgl. Abschnitt 3.) und deren besondere Wertschätzung der nationalen Souveränität, ergeben sich aus den geschilderten Kooperationsprozessen eine Vielzahl von Problemen. Erstens, weil US-amerikanische Agenten auf brasilianischem Territorium agieren; zweitens weil die Kompetenzen und Entscheidungsfreiräume der Bundespolizei in Konkurrenz zu denen der Militärintstitutionen ausgeweitet werden und schließlich agieren diese internen und externen Akteure ausgerechnet im lokalen Zentrum aktueller Bedrohungsperzeptionen der brasilianischen Streitkräfte: In der Amazonasregion.

Im Ergebnis liegt es nahe, dass die Sorge um Fragen der nationalen Souveränität mit besonderem Augenmerk auf die Amazonasregion und die Befürchtung, Kontrollkompetenzen über diese Region an DEA, CIA und PF abgeben zu müssen, die Oberkommandierenden der Streitkräfte zu ihrem Meinungsumschwung in der Frage des Militäreinsatzes gegen den Drogenhandel, vor allem im Amazonasraum, motiviert haben. In diesem Sinne sind die öffentlichen Erklärungen der Generäle zugunsten der Beteiligung von Militäreinheiten an Antidrogen-Operationen nicht als Einlenken auf den sicherheitspolitischen Kurs der

brasilianischen Regierung oder der USA zu verstehen. Im Gegenteil handelt es sich um einen strategischen Zug des brasilianischen Militärs, der sich gegen die sicherheitspolitischen Interessen, gegen die direkte Einflussnahme und gegen die physische Präsenz US-amerikanischer Regierungsakteure in Brasilien richtet. Nicht zu unterschätzen ist in diesem Zusammenhang die Erkenntnis der Streitkräfte, dass sie sich über die Bekämpfung des Drogenhandels und Waffenschmuggels eine neue Legitimationsbasis schaffen können.

In der PDN wird weder der Einsatz des Militärs zur Verbrechensbekämpfung konkret erwähnt, noch wird die Beteiligung externer Akteure an der Eindämmung der Drogenkriminalität in der PDN oder auf einem anderem Forum für die Öffentlichkeit transparent erörtert. Stattdessen ist das Bekenntnis der Streitkräfte zu den neuen Aufgaben das Resultat von Ränkespielen zwischen den Sicherheitsinstitutionen, die auch für die Nachbarstaaten und potentiellen Sicherheitspartner undurchsichtig bleiben. Die verbindliche und für alle Akteure transparente Definition der Rolle der Streitkräfte bei der Kriminalitätsbekämpfung im Inland ist eine von den Aufgaben, die ein zukünftiges brasilianisches Militärweißbuch zu erfüllen hätte.

2.3.3. Das brasilianische Amazonien als Zentrum nationaler Bedrohungsperzeptionen

Unmittelbar mit der Frage nach dem Einsatz von Militäreinheiten im Innern verbunden ist die Problemlage im Amazonasgebiet, in dem die Streitkräfte über weite Strecken die einzige staatliche Präsenz bilden und dessen territoriale Integrität es laut der PDN zu schützen gilt.

Die offenen Grenzen im Amazonasgebiet haben einen besonders hohen Stellenwert im Rahmen der Neuorientierung der brasilianischen Sicherheitspolitik erhalten, da – aufgrund der Überwindung der traditionellen Rivalität mit Argentinien und der verstärkten Integration im Mercosul – das externe Bedrohungspotential nicht mehr im Süden, sondern im Norden perzipiert wird (Calcagnotto 2000: 187).

Gerade eine transparente Amazonasstrategie dürfte für Brasiliens südamerikanische Sicherheitspartner ebenso wie für andere internationale Akteure von hohem Interesse sein. Das Herzstück der brasilianischen Amazonaspolitik - das Überwachungssystem für Amazonien (*Sistema de Vigilância da Amazônia* - SIVAM) - findet in der PDN mit keinem

Wort Erwähnung. SIVAM soll qua Satelliten-, Flug- und Radarüberwachung die Rohstoffreserven erheben, die Biodiversität und auch die Ureinwohner schützen, Brandrodung verhindern, die Flussschifffahrt, den Luft- und Funkverkehr kontrollieren sowie Drogenhändler und Schmuggler ermitteln. Das Amazonasüberwachungssystem sammelt also sicherheitspolitische, entwicklungspolitische, ökologische, kartographische und demographische Daten für Regierungsstellen und Militärinstitutionen. Dieses Programm ist Teil eines weiter gefassten, rund 1,4 Milliarden US-Dollar teuren Amazonasschutzprojektes, das unter dem Namen *Sistema de Proteção da Amazônia* (SIPAM) firmiert und gemeinsam vom Oberkommando der brasilianischen Luftwaffe und dem Sicherheitskabinett im Präsidentialamt (GSI) verantwortet wird.

Bereits die federführenden Institutionen deuten darauf hin, dass die mit dem SIVAM/SIPAM-Projekt intendierten Ziele vorwiegend sicherheitspolitischer Natur sind. Dabei können entwicklungspolitische sowie ökologische Daten als „Abfallprodukt“ eines militärischen Projektes gelten, die wiederum in erster Linie unter sicherheitspolitischen Gesichtspunkten ausgewertet werden. Während die PDN brasilianische Öffentlichkeit und südamerikanische Partnerstaaten im unklaren über die strategische Bedeutung des SIVAM lässt, gewähren Stellungnahmen uniformierter Akteure deutlichere Einblicke in die mit der brasilianischen Amazonaspolitik intendierten strategischen Ziele. So warnt Jorge Boaventura, Berater der *Escola Superior de Guerra* (ESG), vor der Tendenz des UN-Sicherheitsrates, in Gebieten mit Bedeutung für die gesamte Menschheit das Konzept der eingeschränkten staatlichen Souveränität durchzusetzen. Bei Ländern, die in der internationalen Arena eine große Rolle spielen, sei das Amazonasgebiet als Quelle von Natur- und Rohstoffreserven äußerst beliebt. Daher sei die Kontrolle über den Luftraum der Region von fundamentaler Bedeutung (Wöhlcke 1999: 64, vgl. auch Folha de São Paulo, 1.2.1996). In dem selben Zusammenhang wurde das SIVAM-Projekt in Pressemeldungen als „Augapfel des Militärs“ tituliert (vgl. Folha de São Paulo, 28.1.1996).

Aufgrund der Priorität, die der Schutz der Amazonasregion für die Streitkräfte einnimmt, reagieren diese besonders sensibel auf externe Einmischungsversuche. Die nicht in geringem Maße aus nationalistischem Denken gespeisten Abwehrreflexe richten sich im besonderen gegen die Fürsprecher der indigenen Völker Brasiliens, gegen Umweltschutzorganisationen und gegen die USA. Stellvertretend werden jedoch auch die Vereinten Nationen und die westlichen Industrieländer als Bedrohungen für die staatliche

Souveränität betrachtet. Durchaus repräsentativ für die Haltung des *mainstreams* der brasilianischen Streitkräfte zur Amazonasproblematik ist das folgende polemische Zitat aus einem Beitrag der ESG:

„Verschiedene Gruppen von Anthropologen, Ethnologen, Ökologen und Indianervertretern versuchen gemeinsam mit den Zentauren der Wallstreet, die die NGOs vertreten, die Leitidee der Fragmentierung der Staaten zu verbreiten. Diese Gruppen predigen auf zynische und rüchhaltlose Weise, dass die gegenwärtigen Staaten nach rassischen und ethnischen Gesichtspunkten aufgeteilt werden sollen. Somit wird der Gehalt der nationalen Vielfalt durch fremde Mächte verwundet. [...] Brasilien muss der Welt zeigen, dass die Sicherheit von Territorium und Luftraum des Amazonas perfekt mit dem Schutz der Umwelt und der Indiogebiete vereinbar ist. Schließlich sind die Ökologie und der Indio unveräußerliche, maßgebliche Elemente unserer Nationalität“ (Júnior 2000: 16).

Ebenso wenig wie die konkreten Bedrohungsszenarien für das Amazonasgebiet wird in der offiziellen nationalen Verteidigungspolitik das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten angesprochen. Insbesondere bleibt die Haltung der USA zu Brasiliens Rolle als Regionalmacht und zu den subregionalen Integrationsbemühungen - inklusive der Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit in Südamerika - ausgeblendet. Die Lektüre der in weiten Teilen im Internet zugänglichen Strategiepapiere des allgemeinen Generalstabes sowie der drei Teilstreitkräfte fördert auch hier ergänzende Informationen zu Tage, die in der PDN nicht zu finden sind.

3. Bedrohungsszenarien und Verteidigungsstrategien der brasilianischen Streitkräfte: Verteidigungspolitik aus der Sicht von Generalstab, Heer, Luftwaffe und Marine

3.1. Der allgemeine Generalstab: Schutz der nationalen Souveränität

Der allgemeine Generalstab der brasilianischen Streitkräfte (EMFA) veröffentlichte noch im Erscheinungsjahr der PDN die Broschüre *O Brasil e suas Forças Armadas* (Estado Maior das Forças Armadas 1996). Einem unkritischen Abriss der „glorreichen Geschichte“ (ebd.: 2) des brasilianischen Militärs folgt die Beschreibung ausgewählter gegenwärtiger Aktivitäten der

drei Teilstreitkräfte: Der Schutz und die Sicherung des Amazonas, die Beteiligung an Friedensmissionen der Vereinten Nationen und die Durchführung wissenschaftlicher und technologischer Projekte in Heer, Luftwaffe und Marine. Der Generalstab der Streitkräfte stellt, ausgehend von dem Verfassungsartikel 142, den Aufgabenbereich des Militärs noch einmal klar. Neben der Hauptaufgabe der Verteidigung des Vaterlandes garantieren die Streitkräfte den Bestand von Exekutive, Legislative und Judikative. Auf Initiative einer der drei Staatsgewalten steht das Militär bereit, um „Gesetz und Ordnung“ im Inland durchzusetzen. Nicht von dem Artikel 142 der Verfassung gedeckt sind die schwer eingrenzbareren „subsidiären“ Aufgaben, die sich der allgemeine Generalstab auf die Fahnen schreibt: Zivilverteidigung, nationale Integration und Förderung der sozioökonomischen Entwicklung.

Neuere Bedrohungen für die Sicherheit Brasiliens erkennt der Generalstab der Streitkräfte in der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln, im internationalen Terrorismus und in „diversen Formen politischer Gewalt“ sowie im internationalen Drogenhandel und der ausufernden Gewalt in den *Favelas* der Großstädte, die in weiten Teilen aus der organisierten Drogenkriminalität resultiert. Nach Ansicht des Militärs gefährden diese neuen Bedrohungen - „direkt, physisch, aber prinzipiell subtil“ - die territoriale Integrität, die Souveränität und die Identität des Staates (ebd.: 21). Mit der Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und dem international organisierten Terrorismus benennt der *Estado Maior das Forças Armadas* (EMFA) zwei Bedrohungsformen, die in der PDN nicht erwähnt werden und verknüpft diese mit den Begriffen der territorialen Integrität und der staatlichen Souveränität. Die staatliche Souveränität und deren Schutz stehen im Zentrum der Überlegungen des brasilianischen EMFA. Befürchtet wird gar die Auflösung des brasilianischen Nationalstaates, wenn das staatliche Gewaltmonopol nicht flächendeckend ausgeübt wird (ebd.: 3). Angesichts der möglichen Entstehung rechtsfreier Räume, beispielsweise an der langen, kaum besiedelten Amazonasgrenze oder im Dreiländereck zwischen Argentinien, Brasilien und Paraguay, wendet man sich nachdrücklich gegen eine „Flexibilisierung“ des Souveränitätskonzepts. In der PDN waren die vom Generalstab betonten Konzepte - staatliche Souveränität, Selbstbestimmung und nationale Identität – als „traditionell“ und lediglich als „weiterhin relevant“ bezeichnet worden.

Der allgemeine Generalstab plädiert in der strategischen Militärplanung für dezentrale, bewegliche Einheiten, die in der Lage sind, eine kontinuierlich weiterentwickelte Doktrin in

diversen operativen Szenarien umzusetzen. Folglich müsste das Ausbildungsniveau erhöht und die Ausrüstung den technologischen Anforderungen angeglichen werden. Nicht die Rede ist in dem Papier des EMFA dagegen von militärischer Zusammenarbeit mit den Streitkräften der Nachbarstaaten bzw. von der Intensivierung bereits bestehender militärischer Kooperation, um den skizzierten transnationalen Gefährdungen entgegen zu wirken.

3.2. Die brasilianische Marine: Abschreckungsrhetorik pur

Die brasilianische Marine reagierte ein Jahr nach der Veröffentlichung der *Política de Defesa Nacional* auf diese: Auf 40 Seiten wird die PDN aus der Perspektive der Seestreitkraft interpretiert und spezifiziert (vgl. Marinha do Brasil 1997). Konkret und detailliert positioniert sich die Marine zu den Kernaussagen der PDN. So finden sich etwa zu dem Abschnitt *Schutz des brasilianischen Amazonien* die von der Marine im Amazonas durchgeführten Operationen, unterteilt nach militärischen und subsidiären (Kontrolle der zivilen Schifffahrt, medizinische Versorgung) Aufgaben. Darüber hinaus werden die von der Marine im Amazonas eingesetzten Waffensysteme mit ihren Stationierungsorten zumindest rudimentär benannt. Ebenfalls werden geplante Rüstungskäufe im Detail angegeben. Diese Anschaffungen für bestimmte - ebenfalls angezeigte - Marinestützpunkte stehen mit den strategischen Vorgaben für das Amazonasgebiet im Einklang: So plant die Marine vorwiegend Patrouillenboote und Hubschrauber zu akquirieren, was den Vorgaben der PDN für den Amazonas (Schutz und Präsenz) durchaus gerecht wird. Mit diesen Angaben erfüllt das Strategiepapier der Seestreitkraft die an ein Verteidigungsweißbuch gestellten Transparenzkriterien in einem weitaus höheren Maße als es die PDN vermag.

Auf der offiziellen Internetseite der brasilianischen Marine weist der oberkommandierende Flottenadmiral Roberto de Guimarães Carvalho auf die hohe Priorität hin, die dem Schutz der brasilianischen Hoheitsgewässer und der Sicherung der Seewege zukommt: 95% des brasilianischen Außenhandels werden über die Frachtschifffahrt abgewickelt und 80% der größtenteils noch unerschlossenen nationalen Ölvorräte befinden sich innerhalb der exklusiven Wirtschaftszone vor der brasilianischen Atlantikküste. Zur Kontrolle und Sicherung der Atlantikküste, an der auch die größten Bevölkerungskonzentrationen des Landes liegen, und zur Vergrößerung ihres Aktionsradius akquirierte die brasilianische Marine 2003 den Flugzeugträger *São Paulo*. Zwar verfügt

Brasilien mit diesem offensivfähigen Waffensystem aus französischer Produktion über strategische Optionen, die im lateinamerikanischen Kontext einzigartig sind. Jedoch ist der Prestigewert der *São Paulo* für die selbst ernannte regionale Ordnungsmacht keinesfalls zu unterschätzen. Außerdem strebt die brasilianische Marine seit langem den Bau atomar angetriebener U-Boote an (vgl. etwa Vianna Filho 1995: 71). Zu diesem Zweck betreibt die Seestreitkraft nach wie vor ein Nuklearprogramm mit einem Kostenvolumen von etwa 90 Millionen US-Dollar, innerhalb dessen inzwischen ein Verfahren zur Urananreicherung entwickelt wurde (vgl. Estado de São Paulo, 10.10.2003). Von dem brasilianischen Nuklearprogramm, das unter Aufsicht der Internationalen Atomenergiebehörde steht, ist in der PDN keine Rede. Darüber hinaus ist dieses militärische Programm weder mit den sicherheitspolitischen Leitlinien der PDN („Unterstützung der globalen Abrüstungspolitik einschließlich der internationalen Kernwaffenbestände“) in Einklang zu bringen, noch ist das Nuklearprogramm der Marine zur Realisierung der in der PDN für den Atlantikraum formulierten Aufgaben („Kontrolle und Verteidigung der Hoheitsgewässer“) unbedingt notwendig.

Als potentieller Aggressor, der sich die Off-Shore-Reserven aneignen will, wird zunächst weitläufig der „reiche Norden“ und schließlich ein „militärisch übermächtiger Gegner“ gesehen (vgl. Marinha do Brasil 2004). Zwar werden die USA nicht namentlich genannt, doch weist die brasilianische Marine unzweideutig auf die potentielle Gefährdung hin, die für Brasiliens Generäle von der militärischen Supermacht ausgeht. Die von der brasilianischen Marine formulierte Militärdoktrin besteht nun darin, ein möglichst hohes Abschreckungspotential zu entwickeln, um einem „militärisch nicht besiegbaren Gegner“ vor Augen zu führen, dass dieser bei einer „militärischen Intervention erhebliche Kosten“ in Kauf nehmen müsste. In der Folge, so der Tenor des Dokuments, würde sich auch eine militärische Supermacht bei aufkommenden Interessendivergenzen im Zweifelsfall für eine diplomatische Streitbeilegung entscheiden (vgl. ebd.: 2).

Die Mitglieder der brasilianischen Marine beschränken sich in ihren Verlautbarungen jedoch nicht auf den Seeraum, sondern weisen auch auf die Risiken hin, die aus ihrer Sicht im Amazonasgebiet bestehen. 1996 fand in Rio de Janeiro der dritte Nationale Kongress über strategische Studien (*Encontro Nacional de Estudos Estratégicos*) statt. Dort beklagten aktive Militärs und Reservisten, dass die Industrieländer zunehmend Interesse an einer Intervention im Amazonasgebiet zeigten. Unterstützt von einigen Universitätsprofessoren und Politikern

erklärten Militärsprecher, Brasilien müsse seine Souveränität über das Amazonasgebiet verteidigen, um zu verhindern, dass in Zukunft irgendein Land den Regenwald unter ökologischen Vorwänden zum internationalen Gebiet erklärt. Die G-7 betrachte den Amazonas als ein Paradies voller Ressourcen. Hier befänden sich die von ihr benötigten Mineralien, das Holz und die Genbank bis hin zu den Wasservorräten. Einzig aus diesem Grunde seien die G-7-Staaten so sehr daran interessiert, die brasilianischen Ureinwohner zu verteidigen, sagte Admiral Roberto Gama e Silva (Wöhlcke 1999: 67).

Der ehemalige Leiter der Akademie der Kriegsmarine, Vizeadmiral a.D. Ferreiro Vidigal, erläuterte auf einer hochrangig besetzten sicherheitspolitischen Veranstaltung im Januar 1996 zwei Szenarien für eine UN-Intervention im Amazonasgebiet: Erstens, zum Schutz des Regenwaldes, unter dem Vorwand, dass seine Zerstörung die Menschheit bedrohe; und zweitens im Zusammenhang mit einer Unabhängigkeitserklärung der *Yanomami*-Nation auf der Basis des Selbstbestimmungsrechts, vor allem wenn die Vereinten Nationen das neun Millionen Hektar umfassende Indianerreservat als Staat anerkennen. Das Beste, was man gegen diese Gefahr tun könne, sei die Gewährleistung eines großen Abschreckungspotentials, um einer möglichen Interventionsmacht die Kosten für die Einmischung in die Angelegenheiten Brasiliens vor Augen zu führen (vgl. auch Vidigal 1995: 255).

Dieser stark an den Kalten Krieg erinnernde Diskurs der brasilianischen Marine stützt sich nahezu ausschließlich auf das Prinzip der Abschreckung. Dabei steht die auf die militärische Supermacht beschränkte Abschreckungsrhetorik im Gegensatz zu dem von Kooperation geprägten Verhältnis zu den militärisch nicht als gleichwertig perzipierten südamerikanischen Nachbarstaaten.

3.3. Die brasilianische Luftwaffe: Strategische Zurückhaltung

Die brasilianische Luftwaffe verzichtet darauf, eine eigene Doktrin vorzulegen. Stattdessen wird in einem Dokument mit dem Titel *Mission der Luftwaffe* lapidar auf den bereits zitierten Artikel 142 der Verfassung verwiesen. Das Oberkommando der Luftwaffe mit dem Generalmajor Luis Carlos da Silva Bueno an der Spitze betont seine Zuständigkeit für die zivile Raum- und Luftfahrt, inklusive der zivilen Flughäfen sowie des auf dem Luftweg abgewickelten Güter- und Postverkehrs (vgl. Comando da Aeronáutica 2004). Eine

Modifizierung dieser strukturellen Verquickung zwischen ziviler und militärischer Sphäre auf der technisch-operativen Ebene wird auch von Regierungsseite für die nächste Zukunft nicht in Erwägung gezogen. Als Argumente für den Verbleib des *Departamento de Aviação Civil* (DAC) und somit der Zuständigkeit für die zivile Luftfahrt beim Oberkommando der Luftwaffe werden von Fachleuten technische und systemische Eigenheiten bei der brasilianischen Luftüberwachung angeführt, die eine Trennung der militärischen und zivilen Infrastrukturen widersinnig erscheinen lassen. Die Luftwaffe sieht sich in ihrer zivilen Funktion vordergründig in einer historischen Kontinuitätslinie. Das eigentliche Motiv für das fortgesetzte Bemühen um die Kompetenzen für die zivile Luftfahrt dürfte jedoch finanzieller Natur sein, da es sich bei den zivilen Flughäfen um lukrative Quellen zur Aufstockung des eigenen Verteidigungshaushalts handelt.

3.4. Das brasilianische Heer: Feindbild USA

Wie in der Marine hat auch im brasilianischen Heer, der traditionell einflussreichsten Teilstreitkraft, die Aufrechterhaltung einer strategischen Abschreckungsfähigkeit erste strategische Priorität. In den vom Oberkommandierenden des Heeres verfassten strategischen Leitlinien (vgl. Exército Brasileiro 2003) strebt General Francisco Roberto de Albuquerque mittelfristig den Ausbau der Abschreckungsfähigkeit der brasilianischen Armee sowie eine erhöhte „Machtprojektion“ durch das Heer an.

Da Lateinamerika in dem Papier als Friedenszone (*area de paz*) bezeichnet wird (ebd.: 6), die es zu konsolidieren gilt, stellt sich die Frage, welche Akteure vom brasilianischen Heer abgeschreckt werden sollen und wohin mit welchen Mitteln militärische Macht projiziert werden soll. Erwähnt wird lediglich ein „militärisch übermächtiger Gegner“ dessen Intervention nicht ausschließlich im tropischen Regenwald mit entsprechenden Verteidigungsszenarien vorzubeugen sei. Vielmehr müsse auch ein über längere Zeit andauernder Widerstandskampf in den urbanen Zentren des Landes in Betracht gezogen werden, um die Kampfmoral eines militärisch überlegenen Gegners zu brechen (ebd.: 5).

An anderer Stelle wird für die sicherheitspolitischen Beziehungen mit den Vereinigten Staaten ein „reifer und aufrichtiger Dialog“ gefordert, in dem Brasilien seine sicherheitspolitischen Zielsetzungen „klar formuliert und nachdrücklich vertritt“. Vermieden

werden sollen dagegen „Antagonismen zu den USA“, die in eine „kompetitive Konstellation“ münden und somit stärkere Widerstände der Supermacht gegen Brasiliens Vormachtstellung in Südamerika erzeugen könnten (Monarca da Silveira 2003: 3). Generell widerstrebt die Formierung von Regionalmächten nach Einschätzung der Heeresgeneräle den Interessen der Vereinigten Staaten. Angesichts eigener Interessen der Weltmacht in ihrem lateinamerikanischen *Hinterhof* muss der regionale Führungsanspruch Brasiliens den USA ein Dorn im Auge sein, da Brasilien als dominanter regionaler Akteur die strategischen Planungen des Hegemons konterkarieren könnte (ebd.: 4). Aus einem anderen, nicht weniger realistisch geprägten Blickwinkel führt die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen den südamerikanischen Nachbarstaaten zu einer stabilen strategischen Ordnung auf dem Subkontinent. Die Garantiemacht Brasilien würde so den Vereinigten Staaten die Möglichkeit eröffnen, sich auf Krisenherde und Interessensphären im globalen Maßstab zu konzentrieren, ohne sicherheitspolitische Spannungen oder Instabilitäten in der amerikanischen Hemisphäre befürchten zu müssen.

Zur Gewährleistung der militärischen Abschreckungsfähigkeit ist nach Ansicht der brasilianischen Armee zunächst die Minimierung der *technologischen Lücke* notwendig, die im Vergleich zu den westlichen Industrieländern besteht: Die Ausrüstung, vor allem die Waffensysteme der Streitkräfte sollen auf einen zeitgemäßen technologischen Stand gebracht werden, wozu es einer Erhöhung des Militärhaushalts bedarf. Als adäquate Mittel, um militärische Macht zu projizieren, identifizieren die Strategen des brasilianischen Heeres die Teilnahme an internationalen Missionen der Vereinten Nationen (Exército Brasileiro 2003: 6) - und zwar vorzugsweise auf dem lateinamerikanischen Subkontinent, um Brasiliens Rolle als Regionalmacht zu untermauern. Sind brasilianische Interessen berührt, will das Heer auch extrakontinentale Einsätze durchführen. Zu diesem Zweck fordert der Oberkommandierende des Heeres den Aufbau von so genannten Krisenreaktionskräften, die in der Lage wären, sich schnell und effizient auf unterschiedliche Szenarien einzustellen. Eine nach diesen Anforderungen ausgerichtete Brigade des Heeres ist mit der in Goiânia stationierten *Brigada de Operações Especiais* bereits 2003 aufgestellt worden. Außerdem hob das Heer 2003 eine für Kampfeinsätze im Amazonas trainierende Brigade (*Brigada de Infantaria de Selva*) aus der Taufe, die in *São Gabriel da Cachoeira* im Bundesstaat Amazonas stationiert ist (vgl. Viegas Filho 2003).

Der strategische Interessenraum Brasiliens umfasst aus der Sicht der Heeresgeneräle neben dem südamerikanischen Subkontinent den gesamten Südatlantik inklusive der Westküste Afrikas, an der die Mehrzahl der portugiesischsprachigen afrikanischen Staaten gelegen ist, sowie die Antarktis. Zur Sicherung dieser ausgedehnten Interessensphäre sollen bilaterale Kooperationsmechanismen mit den südamerikanischen Staaten (insbesondere mit den Nachbarn im Cono-Sul) und den afrikanischen Atlantikanrainern geschaffen bzw. konsolidiert werden. Auf bilateraler Basis werden dazu die „Intensivierung vertrauensbildender Maßnahmen“ und die „Ausweitung eines politisch-strategischen Dialogs“ mit den genannten Partnerstaaten angestrebt (Monarca da Silveira 2003: 3).

Die regionale Integration auf dem Feld der Sicherheits- und Verteidigungspolitik soll nach den Vorgaben des Heeres auf Transparenz und gegenseitigem Vertrauen basieren (ebd.). Die Notwendigkeit, einen regionalen Konsens auf dem Feld der Sicherheitspolitik herzustellen, ergibt sich dabei aus der Tatsache, dass die südamerikanischen Staaten denselben grenzüberschreitenden Bedrohungen ausgesetzt sind. Eine gemeinsame sicherheitspolitische Vision soll am Ende eines Prozesses stehen, dessen Beginn die Harmonisierung der nationalen verteidigungspolitischen Positionen sowie in staatenübergreifend konzertierten Initiativen in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung bildet.

Man wendet sich jedoch dezidiert gegen die Schaffung einer gesamtamerikanischen Armee, deren Mission nach den Vorstellungen der USA vorwiegend in polizeilichen und subsidiären Aufgaben - wie den Kampf gegen das organisierte Verbrechen (insbesondere gegen den internationalen Drogenhandel) oder dem Umweltschutz – bestehen würde. Washington übt in dieser Frage beträchtlichen Druck aus. Dieser zielt auf die Gründung einer permanenten Eingreiftruppe unter supranationalem Kommando, die etwa im Rahmen der OAS vorstellbar wäre und auch an UN-Missionen teilnehmen könnte. Mit dem Hinweis auf eigene strategische Interessen wendet sich das brasilianische Heer gegen die Degradierung der südamerikanischen Streitkräfte zu einer Art „Regionalpolizei“ (ebd.), wobei eine notwendige Koordinierung und Zusammenarbeit auf hemisphärischer Ebene gegen die grenzüberschreitende Drogen- und Umweltkriminalität nicht in Abrede gestellt wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Übernahme von Polizeiaufgaben nicht wie in früheren Stellungnahmen mit dem Argument abgelehnt wird, die brasilianischen

Heereseinheiten seien für derartige Aufgaben nicht ausgebildet. Nachdem die brasilianischen Streitkräfte, wie bereits erwähnt, der Beteiligung an der Kriminalitätsbekämpfung in der Vergangenheit äußerst kritisch gegenüberstanden, stützt sich das Heer heute auf einschlägige Normen, die den Streitkräften „auf Initiative einer der drei konstitutionellen Gewalten [...] Polizeikompetenzen“ zusprechen (vgl. *Lei Complementar 97* aus dem Jahr 1999). Bei Aktionen zur „Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung“ gemäß Art. 142 der Verfassung, unter dem die Antidrogeneinsätze im Innern subsumiert werden, sollen sich die Streitkräfte laut dem *Dekret Nr.3897* von 2001 darauf beschränken, „in den Bereichen Aufklärung, Kommunikation und Logistik mit den Polizeibehörden zusammen zu arbeiten, wenn die Polizeiorgane ihre Aufgaben nicht hinreichend erfüllen können“ (vgl. *Exército Brasileiro 2003*).

In der Amazonasregion, in der sich gegenwärtig die Produktion und der Transfer von Drogen konzentrieren, sieht sich das brasilianische Heer mit der Eindämmung krimineller Aktivitäten beauftragt. Der Heeresminister hatte bereits 1991 die Gründe für ein verstärktes sicherheitspolitisches Engagement im Amazonasgebiet aufgezählt: Größe der Region; Unterentwicklung; schlechte Infrastruktur; kleine und verstreut siedelnde Bevölkerung; geringe staatliche Präsenz; Missachtung der Grenzen durch Indianerstämme; Aktivitäten illegaler und ausländischer Goldwäscher, welche die Indianer korrumpieren, die Grenze verletzen und die Umwelt schädigen; Aktivitäten ausländischer Missionsgesellschaften, die sich nicht immer auf ihre religiösen Funktionen beschränken; Guerillagruppen und mächtige ausländische Drogenkartelle; Einmischung multinationaler Gruppen mit unterschiedlicher Legitimierung (Umweltschutz, Indianerrechte, Internationalisierung des Regenwaldes) und Grenzsicherungsprobleme der Nachbarländer (zit. in Mendel 1996: 30). Gegenwärtig fordern die Heeresgeneräle sogar weitere Kompetenzen bei der Verbrechensbekämpfung, die über die bisherige Gesetzeslage hinaus gehen. Diese Forderungen betreffen die Beschlagnahmung von Gegenständen und die Inhaftierung von Personen (Monarca da Silveira 2003: 6), für die nach heutigem Stand die Beteiligung der Bundespolizei an den Militäraktionen im Amazonasgebiet notwendig ist.

4. Vielstimmigkeit und Institutionenredundanz als Hindernisse auf dem Weg zu einem brasilianischen Weißbuch für Verteidigung

4.1. Zivile und militärische Antworten auf Sicherheitsfragen – eine Zusammenschau

Der Meinungswandel innerhalb der Militärinstitutionen in bezug auf ihre Zuständigkeit für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität ist maßgeblich auf Ränkespiele mit konkurrierenden Sicherheitsinstitutionen sowie auf den Einfluss externer Akteure zurückzuführen (vgl. Abschnitt 2.3.2.). Außer Frage steht, dass die Positionsfindung der Streitkräfte in diesem zentralen Bereich nationaler Bedrohungsvorstellungen weder primär der Abwägung von Vor- und Nachteilen für die nationale Sicherheit noch einer konkreten sicherheitspolitischen Regierungsvorgabe geschuldet war. Vielmehr entschieden die Oberkommandierenden zum Wohle ihrer eigenen Institution und wenn nicht gegen (wie im Falle des Justizministeriums), dann zumindest unabhängig von den Zielen der politischen Akteure.

Im Ergebnis besteht heute weitgehender Gleichklang zwischen ziviler und militärischer Führung in der Frage um die prinzipielle Zuständigkeit der brasilianischen Streitkräfte für komplexe interne Problemfelder, wie Verbrechensbekämpfung, Zivilschutz, nationale Integration und Entwicklung. Bezüglich der Eindämmung der organisierten Kriminalität formulierte Präsident Cardoso seine Position anlässlich einer Rede vor Militärangehörigen im November 1996 unzweideutig:

„[...] im Rahmen dieser Strategie ist ebenfalls eine eventuelle Unterstützung der für die Bekämpfung des organisierten Verbrechens zuständigen Polizeiorgane durch die Streitkräfte in den Bereichen Logistik, Kommunikation und Nachrichtendienst vorgesehen. Ausnahmsweise werden die Streitkräfte auch in Operationen gegen Ziele eingesetzt werden, die lediglich mittels eines Grossangriffs oder einer weiträumigen Einkreisung kontrolliert werden können. [...] Es wird sich allerdings nicht um von den Streitkräften autonom durchgeführte Aktionen handeln.“³

Auch die Administration da Silva positionierte sich bisher nicht gegen den Einsatz der Streitkräfte im Inland. Angesichts des Verfassungsauftrages an das Militär und dessen in

³ Aus einer Ansprache Fernando Henriques Cardosos vor Absolventen brasilianischer Militärschulen - Escola de Guerra Naval (ESN), Escola de Comando de Estado-Maior do Exército (ECEME), Escola de Comando de Estado-Maior da Aeronáutica (ECEMAR), Escola Superior de Guerra (ESG) – am 23.11.1996 in Rio de Janeiro.

weiten Teilen alleiniger Präsenz im Amazonasgebiet sind derartige Bemühungen der Exekutive auch für die nähere Zukunft nicht zu erwarten. Aber auch die vom brasilianischen Heer geforderte Ausweitung der Kompetenzen der Streitkräfte bei Operationen im Inland (Beschlagnahmung und Inhaftierung) scheint unwahrscheinlich zu sein. Darüber hinaus dürfte Präsident da Silva den Einsatz der Armee in den Armensiedlungen der brasilianischen Großstädte im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger nur im äußersten Notfall in Betracht ziehen. Anlässlich einer Rede im Offiziersclub des Heeres im Dezember 2003 in Brasília lobte der Präsident den Beitrag der Streitkräfte zur nationalen Integration. In diesem Sinne hob Luiz Inácio Lula da Silva besonders die logistische Unterstützung des Militärs für das nationale Nahrungshilfeprogramm *Fome Zero* hervor. Darüber hinaus betonte er die Bedeutung des maßgeblich von den Streitkräften durchgeführten Infrastruktur- und Siedlungsprogramms *Calha Norte* im Amazonas und der diversen Hilfseinsätze, die das Militär nach Naturkatastrophen realisiert: Im Jahr 2003 etwa während des Hochwassers in Amapá und der Flächenbrände in Roraima. Die Zuständigkeit der brasilianischen Streitkräfte für die Kriminalitätsbekämpfung erwähnte der Präsident nicht (vgl. da Silva 2003).

Vergleicht man die Stellungnahmen ziviler und militärischer Akteure zu anderen Fragen der zukünftigen Sicherheitspolitik des Landes, sind zumindest abweichende Schwerpunktsetzungen zu erkennen. Während der Generalstab nationale Souveränität und territoriale Integrität akzentuiert und regionale Kooperation nicht einmal erwähnt, stellen die politischen Akteure die Förderung der regionalen Integration und des Friedens in Südamerika sowie die Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit mit befreundeten Nationen deutlich in den Vordergrund, ohne jedoch auf Details einzugehen.

Vermehrte militärische Kooperation strebt auch das brasilianische Heer an. Allerdings lediglich auf der Ebene der Teilstreitkräfte und ausschließlich auf bilateraler Basis. So ist in den Stellungnahmen des Heeres zwar zunächst von regionaler Integration die Rede, doch bei genauer Lektüre geht offenkundig hervor, dass lediglich bilaterale, militärische Zusammenarbeit mit den Heereseinheiten der Nachbarstaaten angestrebt wird.

Einig scheinen Regierung und Uniformierte in der Ablehnung einer Verteidigungsallianz nach dem Vorbild der NATO im gesamtamerikanischen Rahmen. Vertreter des brasilianischen Heeres sprechen sich angesichts der „Machtasymmetrien auf dem amerikanischen Kontinent“ gegen die Gründung einer permanenten interamerikanischen

Friedenstruppe unter der Ägide der Organisation Amerikanischer Staaten aus (Rizzo de Oliveira 1999: 82). Angestrebt werden eher vertrauensbildende Maßnahmen und regelmäßige Konsultationen der allgemeinen Generalstäbe auf bi- oder multilateraler Ebene. Als die OAS im September 2001 die Meinung ihrer Mitgliedsstaaten zu einer möglichen Umwandlung der *Junta Interamericana de Defensa* (JID) in einen militärischen Arm der OAS einholte, winkte auch das brasilianische Außenministerium undiplomatisch ab (Consejo Permanente de la Organización de los Estado Americanos 2001: 3).

Uneinigkeit besteht zwischen zivilen und militärischen Akteuren über die Bedeutung der militärischen Abschreckungsfähigkeit der brasilianischen Streitkräfte. Während insbesondere Heer und Marine die Aufrechterhaltung und die Weiterentwicklung der Abschreckungsfähigkeit des Landes als erste strategische Priorität einordnen, wird militärische Abschreckung in der PDN nur nachrangig erwähnt. Darüber hinaus machen die Generäle in Heer und Marine keinen Hehl daraus, dass qua Abschreckung in erster Linie die Vereinigten Staaten auf Distanz gehalten werden sollen. Zu schützen gilt es vor allem die natürlichen Ressourcen im Amazonasbecken und im Südatlantik. Sogar die Teilnahme an UN-Missionen dient den Oberkommandierenden als geeignetes Mittel, um militärische Macht zu projizieren. Derartige geostrategisch geprägte Überlegungen kommen in den verteidigungspolitischen Verlautbarungen der Exekutive ebenso wenig vor, wie eine mehr oder minder deutliche Benennung des Feindbildes USA. Von deren Seite möchte das brasilianische Heer selbst eine Besetzung des Landes nicht ausschließen. Für diesen Fall wird die Einübung von Häuserkampfscenarien in den urbanen Zentren Brasiliens empfohlen.

4.2. Die Ursachen für Intransparenz und Vielstimmigkeit der brasilianischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Worin liegen die Ursachen für die sicherheitspolitische Vielstimmigkeit in Brasilien? Warum existiert bisher kein Verteidigungsweißbuch, in dem die sicherheits- und verteidigungspolitische Linie der Regierung zumindest ansatzweise dargelegt wird, wie es in Argentinien und Chile der Fall ist? Welche Akteure sollten ein Verteidigungsweißbuch erstellen, das sicherheitspolitische Kernfragen (Einsatz des Militärs im Inland) nicht nach Partikularinteressen oder infolge externer Interventionen, sondern im Sinne der größtmöglichen Sicherheit für die brasilianische Bevölkerung entscheidet?

Eine wichtige Ursache für die fehlende nationale Einigkeit in sicherheitspolitischen Fragen liegt in der Vielzahl von militärischen und politischen Institutionen, die für das Politikfeld zuständig sind und deren Kompetenzen sich häufig überschneiden. Dabei besteht keine Suprematie der zivilen weitgehend demokratisch legitimierten Institutionen, die dennoch von militärischem Personal durchsetzt oder sogar von Uniformierten dominiert werden, über die rein militärischen Einrichtungen. Ein weiteres Problem besteht in der Autonomie der Teilstreitkräfte. Heer, Luftwaffe und Marine entscheiden unabhängig voneinander, welche potentiellen Bedrohungen sie auf ihrem jeweiligen Terrain definieren. Daran anknüpfend verfügen die drei Teilstreitkräfte jeweils über eigene – als streng geheim eingestufte – Verteidigungsdoktrinen, an denen sie ihr Handeln orientieren.

Der im Vergleich mit den TSK schwache allgemeine Generalstab (EMFA) ist nicht in der Lage, die Positionen der TSK zu bündeln und eine gemeinsame Position der Militärinstitutionen zu artikulieren. Der nach dem Zweiten Weltkrieg gegen den Willen der TSK gegründete allgemeine Generalstab (seinerzeit *Estado Maior da Defesa* – EMD) etabliert sich erst seit der Schaffung des zivil geführten Verteidigungsministeriums langsam und gegen beträchtliche Widerstände als Koordinationsorgan von Heer, Luftwaffe und Marine.

Legt man das Kriterium demokratischer Legitimität an, wäre die Festlegung einer nationalen Sicherheitsstrategie und die Erstellung eines Verteidigungsweißbuches ohnehin zivilen politischen Akteuren vorbehalten. Die Aktivitäten des brasilianischen Kongresses im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik, sei es hinsichtlich seiner Gesetzgebungs- oder seiner Kontrollfunktion, sind indessen kaum von Bedeutung (vgl. Flemes 2004).

Doch auch zwischen den Regierungsinstitutionen herrscht keine klare Kompetenztrennung. Wie eingangs erwähnt, wurde zunächst die Kammer für Außenbeziehungen und Nationale Verteidigung (CREDEN) mit der Formulierung einer nationalen Verteidigungspolitik beauftragt. Inzwischen finden sich in dem von Präsident Cardoso installierten Beratungsgremium mehr zivile als militärische Mitglieder. Die ehemaligen Militärminister bekleiden seit der Gründung des zivil geführten Verteidigungsministeriums den Rang von Oberkommandierenden der Teilstreitkräfte (TSK) und die *Casa Militar* wurde in ein Sicherheitskabinett im Präsidentialamt (*Gabinete de Segurança Institucional* - GSI) umgewandelt, das jedoch nach wie vor von einem Heeresgeneral im Ministerrang, Jorge Armando Félix, geleitet wird.

Im August 2003 wurde der Aufgabenbereich der Kammer per Präsidialdekret (Nr. 4801) neu definiert. Unter der Administration Luiz Inácio Lula da Silva ist die CREDEN vor allem für solche Bereiche der auswärtigen und Verteidigungspolitik zuständig, die die Koordinierung und Zusammenarbeit mehrerer Ressorts verlangen. Neben Vertretern einschlägiger Ministerien (Verteidigung, Äußeres, Justiz, Haushaltsplanung und Umwelt) hat wiederum der leitende General des GSI die federführende Funktion inne. Den Oberkommandierenden der TSK wird in § 10 des genannten Dekrets eine „permanente Einladung“ zu den Sitzungen des Gremiums ausgesprochen. Folgende Kompetenzfelder werden der CREDEN zugewiesen: Internationale Kooperation in Verteidigungs- und Sicherheitsangelegenheiten, Grenzfragen, Themen im Zusammenhang mit den indigenen Völkern Brasiliens, Menschenrechte, Friedenseinsätze, grenzüberschreitende Kriminalität und Drogenhandel, Migration und Geheimdienstangelegenheiten.

Auch das erst 1999 gegründete zivil geleitete Verteidigungsministerium erhebt naturgemäß einen Anspruch auf die Definitionsmacht über die nationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Abgesehen von den persönlichen Beratungsgremien des Verteidigungsministers sind die Schlüsselpositionen im Verwaltungsapparat des Ministeriums paritätisch mit Repräsentanten von Heer, Marine, Luftwaffe, Generalstab und ziviler Seite besetzt. So wird etwa das Sekretariat für Politik, Strategie und Internationale Angelegenheiten (*Secretaria de Política, Estratégia e Assuntos Internacionais – SPEAI*) derzeit von einem Offizier der Luftwaffe geleitet. Das für die strategische Lagebeurteilung und die Formulierung von Militärdoktrinen zuständige SPEAI verfügt über eine eigene Unterabteilung für den strategischen Nachrichtendienst, die dem Verteidigungsminister strategische Informationen unabhängig von der Geheimdienstzentrale ABIN sichert.

Ein ehemaliger Professor für Internationale Beziehungen der *Universidade de Brasília* ist der Direktor der Abteilung für Kooperation, die innerhalb des unter dem Verteidigungsminister José Viegas neu gegründeten Sekretariats für Ausbildung und Kooperation (*Secretaria de Estudo e Cooperação – SECO*) angesiedelt ist. Diese zivil geleitete Abteilung versucht eine breite gesellschaftliche Debatte über die sicherheitspolitische Ausrichtung Brasiliens zu initiieren. Akteure aus Militär, Politik und Wissenschaft werden zu sicherheitspolitischen Workshops eingeladen, deren Ergebnisse anschließend auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums öffentlich zugänglich sind

(vgl. Ministério da Defesa 2004). Als Gastgeber entscheidet der Verteidigungsminister sowohl über die Themen als auch über die Referenten dieser Veranstaltungen, was es ihm erlaubt die sicherheitspolitische Debatte zumindest innerhalb dieses Forums zu steuern.

Im Kabinett (und in der CREDEN) konkurrieren vor allem das Außen- und Justizministerium mit dem Verteidigungsministerium um sicherheitspolitische Zuständigkeiten. Im Itamaraty befasst sich die COCIT (*Coordenação-Geral de Combate aos Ilícitos Transnacionais*) mit grenzübergreifenden kriminellen Aktivitäten, wie dem organisierten Drogen-, Waffen- und Menschenhandel. Die Interessendivergenzen zwischen dem im Verteidigungsministerium angesiedelten Militär und der vom Justizminister verantworteten Bundespolizei (PF) wurden im vorhergehenden Abschnitt hinlänglich erläutert.

Damit nicht genug hätte auch der von der Verfassung vorgeschriebene Nationale Verteidigungsrat (*Conselho de Defesa Nacional* - CDN) bei der Ausarbeitung eines Verteidigungsweißbuches ein gewichtiges Wort mitzureden. Beim CDN handelt es sich um ein weiteres Konsultativorgan des Präsidenten, welches für Angelegenheiten der Nationalen Souveränität und für die Verteidigung des “demokratischen Staates” zuständig ist. Gemäß Art. 91 der Bundesverfassung berät der Verteidigungsrat den Präsidenten zu Fragen der Bundesintervention und zur Ausrufung des Verteidigungs- und Belagerungszustands. Der Nationale Verteidigungsrat setzt sich aus dem Vizepräsident, den Ministern für Justiz, Verteidigung, Äußeres und Haushaltsplanung sowie den Oberkommandierenden der TSK und den Präsidenten der Abgeordnetenkammer und des Senats zusammen. Der Chef des institutionellen Sicherheitskabinetts fungiert als Generalsekretär des CDN.

Das Sicherheitskabinett im Präsidentialamt der Republik (GSI) mit General Félix an der Spitze scheint den stärksten Einfluss auf die sicherheitspolitische Ausrichtung Brasiliens zu haben. Das GSI ist direkt im Präsidentialamt angesiedelt. Das Büro von General Félix befindet sich auf der selben Etage, wie das des Präsidenten. Die Zuständigkeiten des GSI sind sehr umfassend formuliert: Die Aufrechterhaltung der institutionellen Stabilität zählt ebenso wie Krisenmanagement und die Beratung des Präsidenten in allen Militär- und Sicherheitsfragen zu den Aufgaben des Sicherheitskabinetts. Weiterhin soll dieses Exekutivorgan die Durchführung des Polizeidienstes gewährleisten.

Vor allem aber verfügt das GSI im Vergleich mit den konkurrierenden Institutionen des Politikfeldes Sicherheit und Verteidigung über die notwendigen Ressourcen. Die Brasilianische Geheimdienstzentrale (ABIN) ist im GSI angesiedelt. Hier sollen einerseits die Erkenntnisse der militärischen Nachrichtendienste des Heeres, der Luftwaffe und der Marine zusammengeführt sowie die Geheimdienstaktivitäten des Justiz- und Finanzministeriums, der Bundespolizei und der Polizeibehörden in den Bundesstaaten und den Munizipien koordiniert werden. Andererseits bildet die ABIN mit ihren ca. 1800 offiziellen und konspirativen Mitarbeitern einen nationalen strategischen Nachrichtendienst. Dabei gliedert sich die Geheimdienstzentrale in fünf Abteilungen: Auslandsaufklärung, Inlandsaufklärung, Spionageabwehr, Technologie und schließlich der operative Nachrichtendienst.

Im GSI ist auch die *Secretaria de Acompanhamento e Estudos Institucionais* (SAEI) angesiedelt. Die SAEI ist für die Auswertung der eingehenden Informationen und für deren Verdichtung zu strategischen Optionen zuständig, die der Minister des GSI dem Präsidenten der Republik vorlegt. Außerdem bildet die SAEI das Bindeglied zwischen GSI und CREDEN, das sie auch als Exekutivsekretariat der CREDEN fungiert. Die SAEI wird von einem Kapitän der Kriegsmarine geleitet, dem wiederum Offiziere der drei Teilstreitkräfte sowie Analytiker der ABIN sowie des Außen- und Justizministeriums zuarbeiten. Das Nationale Antidrogensekretariat (SENAD) ist ebenfalls dem Sicherheitskabinett unterstellt und für die Bekämpfung der organisierten Drogenkriminalität zuständig.

In der Person des Heeresgenerals Félix konzentriert sich somit ein Großteil der sicherheits- und verteidigungspolitischen Kompetenzen. Félix kontrolliert alle wichtigen Sicherheitsorgane des Landes und gilt (gemeinsam mit dem für auswärtige Fragen zuständigen Marco Aurelio García) als wichtigster sicherheitspolitischer Berater des Präsidenten da Silva.

Die genannten Institutionen bestehen, wenn auch teilweise unter anderem Namen, weitaus länger als das gerade fünf Jahre alte, zivil geleitete Verteidigungsministerium. So fungierte etwa die *Casa Militar* (heutiges GSI) über Jahrzehnte als Sprungbrett für das Präsidentenamt. Hinzu kommt, dass die Amtsvorgänger des Verteidigungsministers José Viegas weder im Militär geachtet waren, noch über eine starke Position innerhalb der jeweiligen Regierung verfügten. Entsprechend schwierig gestaltet sich gegenwärtig die Rückgewinnung einschlägiger Kompetenzen für das Verteidigungsministerium. Die

Festlegung von Sicherheitsstrategien und Verteidigungsdoktrinen sollte in einer Demokratie den politischen Akteuren der Regierung obliegen, die sich gegenüber der Öffentlichkeit, den Medien und der Legislative zu verantworten haben. Die von Generälen dominierten Sicherheitsorgane (GSI, CDN und CREDEN) bleiben dagegen für die brasilianischen Bürger höchst intransparent. Diese Institutionen verfügen nur über geringe demokratische Legitimation und sind gänzlich von der parlamentarischen Kontrolle ausgenommen. Insbesondere die Aktivitäten des Sicherheitskabinetts und seiner untergeordneten Organe unterliegen in weiten Teilen der Geheimhaltung. Ebenso werden die konkreten Inhalte der unregelmäßig stattfindenden Sitzungen des Nationalen Verteidigungsrates in der Regel nicht öffentlich. Die bisherigen Sitzungen des CDN scheinen jedoch überwiegend Themen im Zusammenhang mit der Amazonasregion, namentlich das SIVAM, behandelt zu haben (vgl. Pinto 2002).

Als sei das Gefüge der brasilianischen Sicherheitsinstitutionen noch nicht unübersichtlich genug, schaltete sich im November 2003 auch der Minister der *Casa Civil* im Präsidentialamt und wohl engste politische Vertraute des Präsidenten da Silva, José Dirceu, in die verteidigungspolitischen Belange des Landes ein. Auf dem vierten Iberoamerika-Forum in São Paulo betonte Dirceu die dringende Notwendigkeit einer militärischen Integration der Staaten Südamerikas, um die dauerhafte Besetzung des kolumbianischen Amazonasgebietes durch die USA zu verhindern (vgl. O Estado de São Paulo, 11.11.2003).

Nachdem der argentinische Präsident Néstor Kirchner - unter Hinweis auf eine ähnliche Gefahrenlage für das schwach besiedelte und rohstoffreiche Patagonien - bereits seine Zustimmung zu den Äußerungen Dirceus signalisiert hatte (vgl. La Nación, 12.11.2003), bemühte sich der brasilianische Verteidigungsminister Viegas um Schadensbegrenzung. Er habe weder Kenntnis von der Entsendung weiterer US-Truppen nach Kolumbien, noch wisse er von Plänen der FARC, ihre Aktivitäten auf das brasilianische Amazonasgebiet auszudehnen, so der ehemalige Karrierediplomat. Des weiteren strebe man von brasilianischer Seite lediglich die Integration der Rüstungsindustrien Argentiniens und Brasiliens an. Dazu sollten zunächst aus Teilen der Rüstungsausgaben beider Staaten gemeinsame *pools* gebildet werden, um die Modernisierung der argentinischen und brasilianischen Streitkräfte effizient voran zu treiben. Konkret erwähnt wird die mögliche gemeinsame Akquisition von Kampfflugzeugen (vgl. Folha de São Paulo, 14.11.2003). Trotz aller Relativierungen hatte Viegas nur einige Tage zuvor die Verlegung von 3000 Soldaten

auf die Militärbasis *São Gabriel da Cachoeira* bestätigt. Diese Militärbasis liegt im Bundesstaat Amazonas in unmittelbarer Nähe der kolumbianischen Grenze. Dies heiße jedoch nicht, dass Brasilien in Betracht ziehe, eigene Truppen (gemeinsam mit anderen südamerikanischen Staaten) in das kolumbianische Amazonien zu entsenden. Vielmehr ginge es darum, Stabilität in der Region zu schaffen, um die Intervention *fremder Streitkräfte* zu vermeiden, formulierte Brasiliens ehemaliger Botschafter in Moskau José Viegas (vgl. Folha de São Paulo, 11.11.2003).

4.3. Fazit

Betrachtet man die zentralen sicherheitspolitischen Fragen, zu denen sich die militärischen und politischen Akteure Brasiliens positioniert haben, sind insgesamt mehr inhaltliche Konvergenzen als Divergenzen erkennbar. Einig sind sich uniformierte und zivile Verteidigungsexperten darin, im Amazonasgebiet das lokale Zentrum der einschlägigen Bedrohungsszenarien auszumachen. Ebenfalls übereinstimmend wird die transnationale Drogenkriminalität als Gefährdung der nationalen Sicherheit wahrgenommen. Zwar unterscheidet sich die nationalistisch gefärbte Rhetorik der Generäle im Hinblick auf die Bedeutung der USA und anderer internationaler Akteure für die brasilianische Sicherheitspolitik beträchtlich von der diplomatischen Wortwahl der Exekutive. Jedoch herrscht Einigkeit darüber, dass sicherheitspolitische Partner - im Zuge (sub-)regionaler Kooperationsprozesse - eher südlich als nördlich des Rio Grande zu finden sind. Größere Unterschiede zwischen Uniformierten und Politikern bestehen, über die Deutlichkeit der Formulierungen hinaus, bei der Definition eines zeitgemäßen Konzepts der nationalen Souveränität oder auch bei der Frage, ob die Erhöhung der militärischen Abschreckungsfähigkeit tatsächlich die richtige verteidigungspolitische Strategie für die Zukunft Brasiliens darstellt.

Die entscheidenden Hindernisse, die der Bündelung der sicherheitspolitischen Kompetenzen, einem Mehr an Transparenz bei der Verteidigungsplanung und schließlich der Erstellung eines brasilianischen Verteidigungsweißbuches entgegen stehen, sind auf der *polity*-Ebene angesiedelt und haben ihre Wurzeln im Bereich der zivil-militärischen Beziehungen. Das Institutionengefüge des Politikfeldes Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist von Zuständigkeitsüberschneidungen geprägt. Die Mehrzahl der Sicherheitsorgane verfügt nicht über ausreichende demokratische Legitimität. Statt gewählter politischer Akteure geben

in den bedeutenden sicherheitspolitischen Gremien Generäle den Ton an. Insbesondere das zwar zivil geführte, doch überwiegend von Militärangehörigen gelenkte Verteidigungsministerium müsste dringend weiter „zivilisiert“ und im Gefüge der Sicherheitsinstitutionen weiter gestärkt werden.

Reformbedürftig sind aber auch andere Regierungsorgane: Weder im Falle des mächtigen institutionellen Sicherheitskabinetts (GSI) und der Geheimdienstzentrale ABIN, noch im Falle von CREDEN und CDN ist einzusehen, warum die Apparate von Generälen kontrolliert werden sollten. Der Reformbedarf setzt sich bis in die brasilianischen Militärinstitutionen fort. Solange die Autonomie von Heer, Luftwaffe und Marine derart ausgeprägt ist, dass die Aktionen der Teilstreitkräfte auf geheimen, voneinander unabhängigen Strategien und Doktrinen basieren, handelt es sich bei der Formulierung eines gemeinsamen Militärweißbuches um ein äußerst schwieriges Unterfangen.

5. Literaturnachweis

Adler, Emanuel/ Barnett, Michael (1998): Security Communities. Cambridge.

Albuquerque, Francisco Roberto de (2003): Diretriz Geral do Comandante do Exército, in: [www.exercito.gov.br\(01Instit/CmtEx/Mensagens/diretriz.htm](http://www.exercito.gov.br(01Instit/CmtEx/Mensagens/diretriz.htm), 12.3.2004.

Almeida, Carlos Wellington Leite de (2002): Sistema de Vigilância da Amazônia – perspectivas de economia de defesa, in: <http://www.resdal.org/art-wellington.html>, 21.1.2004.

Aquino, Paulo Neves de (1995): Cenário 2000: Forças Armadas para quê? A visão do Exército, in: Braz, Araújo (Hg.): Reflexões sobre estratégia, São Paulo, S. 37-42.

Araújo, Tasso Vilar (1995a): Estratégia no novo cenário mundial, São Paulo.

Araújo, Tasso Vilar (1995b): Reflexões sobre Estratégia, São Paulo.

Calcagnotto, Gilberto (2000): Das Militär auf der Suche nach neuen Betätigungsfeldern: Brasilien, in: Kurtenbach, Sabine/ Bodemer, Klaus/ Nolte, Detlef (Hg.) (2000): Sicherheitspolitik in Lateinamerika. Vom Konflikt zur Kooperation?, Opladen, S. 182-190.

Cambeses Júnior, Mario (2000): Os militares e a defesa da Amazônia, ESG, Rio de Janeiro.

Cardoso, Afonso José Sena (1998): O Brasil nas operações de Paz das Nações Unidas, Brasília.

Cervo, Amado/ Clodoaldo Bueno (1999): História da Política Exterior do Brasil, São Paulo.

Comando da Aeronáutica (2004): Missão, in: <http://www.fab.mil.br/conheca/missao/index.htm>, 21.1.2004.

da Silva, Luis Inácio Lula (2003): Discurso do Presidente da República, Luiz Inácio Lula da Silva, no almoço do fim de ano com Oficiais-Generais das Forças Armadas, Clube do Exército – Brasília, 15 de dezembro de 2003, in: http://www.defesa.gov.br/enternet/sitios/internet/discursos/2003/12-03/discurso,15,12,03_d.htm, 13.3.2004.

Deutsch, Karl W./ Burrell, Sidney A./ Kann, Robert A./ Lee, Maurice Jr./ Lichterman, Martin/ Lindgren, Raymond E./ Loewenheim, Francis L./ Van Wagenen, Richard W. (1957): Political Community and the North Atlantic Area. International Organization in the Light of Historical Experience. Princeton.

Dupas, Gilberto/ Vigevani, Tullo (1999): O Brasil e as novas dimensões da segurança internacional, São Paulo.

Estado Maior das Forças Armadas (1996): O Brasil e suas Forças Armadas, in: <http://www.defesa.gov.br/Publicacoes/IndOBrasil.htm>, 20.5.2003.

- Flemes, Daniel (2004): Parlament und Militär in Lateinamerika: Eine kritische Betrachtung der Kontrolltätigkeit der brasilianischen Verteidigungsausschüsse, Arbeitspapier Nr. 14, IIK, Hamburg.
- Flores, Mario Cesar (1999): Segurança internacional na América do Sul, in: Milet, Paz V. (Hg.): Miradas a la agenda latinoamericana, FLACSO, Santiago.
- Genoíno, José (1997a): A política de defesa nacional, in: O Estado de São Paulo, vom 28.6.1997.
- Genoíno, José (1998): Política militar e desmilitarização de serviços, in: O Estado de São Paulo, vom 7.2.1998.
- Hofmeister, Wilhelm (2001): Lateinamerika und die neuen Dimensionen internationaler Sicherheit. Aufgaben für Brasilien, in: KAS-Auslandinformationen, 17/4, S. 4-28.
- Hurrell, Andrew (1998): An emerging security community in South America?, in: Adler, Emanuel/ Barnett, Michael: Security Communities. Cambridge.
- Latin American Workgroup (1999): A civilian guide to U.S. defense and security assistance to Latin America and the Caribbean, Washington.
- Marinha do Brasil (2004): O Mar e a sua Importância, in: www.mar.mil.br/brmar1.htm, 12.3.2004.
- Martins Filho, João R./ Zirker, Daniel (1996): The Brazilian Military and the New World Order, in: Journal of Political and Military Sociology, Nr. 24, S. 31-55.
- Martins, Filho (2000): Forças Armadas e serviços de informação no Governo Cardoso, Vortrag für das Treffen der LASA, Miami.
- Martins Filho, Joao R./ Zirker, Daniel (2000): Nationalism, National Security and Amazônia: Military Perceptions and the Attitudes in Contemporary Brasil, in: Armed Forces & Society, (k.A.).
- Mendel, William W. (1996): Significance of Brazilian Strategic Thinking, in: Military Review, Nr. 76, S. 52-53.
- Mesquita Neto, Paulo de (1999): Fuerzas Armadas, Políticas y Seguridad Pública en Brasil: Instituciones y Políticas Gubernamentales, in: Diamint, Rut: Control civil y fuerzas armadas en las nuevas democracias latinoamericanas. Buenos Aires.
- Ministério da Defesa do Brasil (2004): Ciclo de Debate no Ministerio da Defesa, in: <http://www.defesa.gov.br/enternet/sitios/internet/ciclododebates/ciclododebates.php>, 12.3.2004.
- Ministerio de Defensa de Argentina (1999): Libro Blanco de la Defensa Nacional. Buenos Aires.
- Ministerio de Defensa de Argentina (2001): Revision de la Defensa 2001. Buenos Aires.

- Ministerio de la Defensa Nacional de Chile (1997): Libro de la Defensa Nacional de Chile. Santiago.
- Monarca da Silveira, Rui (2003): Segurança e Defesa – a Visão do Exército Brasileiro, in: <http://www.defesa.gov.br/enternet/sitios/internet/ciclododebates/textos.htm?PHPSESSID=f7bc27e8e841110bc40db59ba0458486>, 12.3.2004.
- Norden, Deborah L. (1996): Redefining Political-Military Relations in Latin-America: Issues of the New Democratic Era, in: *Armed Forces & Society*, Nr. 3, S. 419-440.
- Pinto, Lúcio Flávio (2002): Três reflexões sobre segurança nacional na Amazônia, in: *Estudos Avançados*, 46/16, S. 131-140.
- Presidência da República (2003): Política de Defesa Nacional, in: www.defesa.gov.br/politicadedefesa/politicadedefesa2.htm, 12.3.2004.
- Proença Júnior, Domício/ Diniz, Eugênio (1999): Considerações sobre uma Política de Defesa do Brasil, in: *Parcerias Estratégicas*, Nr. 1, S. 22-32.
- Proença Júnior, Domício/ Diniz, Eugenio/ Ghalfi Raza, Salvador (2000): Programa Calha Norte, Ministério da Defesa, Brasília.
- Rojas Aravena, Francisco (Hg.) (1999): *Cooperación y Seguridad Internacional en las Américas*, FLACSO, Caracas.
- Serviço de Relações Públicas da Marinha (1997): Política de Defesa Nacional. A Marinha do Brasil, k.A.
- United Nations (2004): Current Peacekeeping Operations, in: www.un.org/Depts/DPKO/overview.html, 12.3.2004.
- Vianna Filho, Arlindo (1995): O poder naval brasileiro para um cenário prospectivo da primeira metade do século XXI, in: Braz, Araújo (Hg.): *Reflexões sobre estratégia*, São Paulo, S. 69-74.
- Vidigal, Armando A, F. (1995): Estratégia e o emprego futuro da força: panorama político-estratégico pós-Guerra Fria, in: Braz, Araújo (Hg.): *Estratégia no novo cenário mundial*, Sao Paulo, S. 237-273.
- Viegas Filho, José (2003): Mensagem do Ministro da Defesa, José Viegas Filho, sobre a atuação do Ministério da Defesa, in: http://www.defesa.gov.br/enternet/sitios/internet/discursos/2003/12-03/discurso,19,12,03_a.html, 13.3.2004.
- Wöhlcke, Manfred (1999): *Die Neuorientierung der brasilianischen Sicherheitspolitik*, SWP, Ebenhausen.

Arbeitspapiere des IIK

Die Arbeitspapiere des IIK informieren über die Fortschritte in den einzelnen Forschungsprojekten des IIK. Sie stellen also Werkstattberichte dar, die zur Diskussion und Kritik anregen wollen. Die Arbeitspapiere sind zum kostenlosen Download vollständig auf die Homepage des IIK gestellt:

<http://www.duei.de/iik/shop/arbeitspapiere>

Bisher erschienen:

- AP 1 (2002) Institutiones y mecanismos de decisión en procesos de integración asimétricos:
el caso MERCOSUR
Roberto Bouzas y Hernán Soltz (FLACSO, Buenos Aires)
- AP 2 (2002) La solución de controversias en el TLCAN: un esbozo sobre su desempeño y retos
Antonio Ortiz Mena (CIDE, México)
- AP 3 (2002) TLCAN: una convergencia inesperada con el modelo de la Unión Europea
Stephan Sberro (ITAM, México)
- AP 4 (2002) Funciones y funcionamiento de los senados
en los sistemas bicamerales de América Latina: un enfoque comparado
Detlef Nolte
- AP 5 (2002) El bicameralismo en América Latina
Mariana Llanos
- AP 6 (2002) Partidos legislativos en los bicameralismos latinoamericanos
Francisco Sánchez López
- AP 7 (2002) El bicameralismo en las constituciones de América Latina
Ruth Fuchs / Mirjam Hägele
- AP 8 (2002) Radiografía del Senado de Chile: informe de la encuesta 2002
Detlef Nolte
- AP 9 (2002) Radiografía del Senado de Uruguay: informe de la encuesta 2002
Francisco Sánchez López
- AP 10 (2003) Los Senadores y el Senado en Argentina y Brasil: informe de una encuesta
Mariana Llanos
- AP 11 (2003) Entsteht im südlichen Lateinamerika eine Sicherheitsgemeinschaft?
Ausgangslage, Stand und Perspektiven sicherheitspolitischer Kooperation
Daniel Flemes
- AP 12 (2003) Südamerikas sicherheitspolitische Transparenz auf dem Prüfstand (I).
Meldeverhalten und Berichterstattungspolitik des Subkontinents
gegenüber dem UN-Register für konventionelle Waffen
Michael Radseck
- AP 13 (2003) Poverty Reduction Strategy Papers und internationale Sozialfonds:
Neue Impulse für die globale Armutsbekämpfung?
Hans-Jürgen Burchardt
- AP 14 (2004) Militär und Parlament in Lateinamerika. Eine kritische Betrachtung
der Kontrolltätigkeit der brasilianischen Verteidigungsausschüsse.
Daniel Flemes



INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglacis 8 · 20354 Hamburg ·

Telefon +49 (0)40 41 47 82 01 · Fax +49 (0)40 41 47 82 41

Email: iik@iik.duei.de

Homepage: <http://www.duei.de/iik>

Arbeitspapiere on line : <http://www.duei.de/iik/shop/arbeitspapiere>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Klaus Bodemer (editor)

El nuevo escenario de (in)seguridad en América Latina

¿Amenaza para la democracia?

Caracas, Nueva Sociedad 2003, 195 S., € 20,-
ISBN 980-317-199-2

Bezug über

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8, 20354 Hamburg,

Tel. 040/41 47 82 27 – Telefax 040/41 47 82 41

E-Mail: iik@iik.duei.de – Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 15

Sabine Kurtenbach

El papel de los actores externos en la contención de la violencia en Colombia

Hamburg 2004, 92 S., € 7,70
ISBN 3-936884-14-5

Deutsche Fassung:

Gewalteindämmendes Engagement externer Akteure in Kolumbien

Hamburg 2004, 92 S., € 7,70
ISBN 3-936884-13-7